



Wochenschriftlicher Abonnementskurs in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., ausserhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anfertigungskosten für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Beilage 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expeditio: Herrenstrasse Nr. 20. Ausserdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

75. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. Juni.

11 Uhr. Am Ministerische Graf zu Eulenburg, Friedenthal, Geh. Rath Wohlers u. A.

Abg. Dr. Behrenspennig referirt über den Gesetzentwurf, betreffend den an den Kronfideicommissfonds zu leistenden Ersatz für die aus der Herrschaft Schwedt zur Staatskasse gestellten Einnahmen.

Der Referent weist darauf hin, daß durch die conformen Erkenntnisse des Geheimen Justizraths vom 31. December 1862 und vom 26. November 1869, sowie des Obertribunals vom 28. Juni 1872 rechtskräftig festgestellt, daß die Herrschaft Schwedt Privateigentum der Krone, d. h. der thronberechtigten Allerhöchsten Familie ist. In Folge dessen sei der Fiscus verpflichtet, erstens eine Entschädigung für die Erträge aus den Veräußerungen und Ablösungen und zweitens für die zur Staatskasse gestellten Nebenüberschüsse zu gewähren. Nun sei aber auf Grund eines vom Kronsyndicate erstatteten Gutachtens zwischen dem Hausminister als Vertreter der Krone einerseits und dem Finanzminister als Vertreter des Fiscus andererseits ein gültiger Vergleich zu Stande gekommen, der jetzt zur Genehmigung vorliege und dem Staate entschieden eine günstigere Chance in Bezug auf die Höhe der Entschädigungsumme biete, als wenn der Rechtsweg beschritten würde; er könne deshalb nur die Genehmigung empfehlen.

Der Gesetzentwurf wird hierauf ohne Discussion un verändert angenommen.

Es folgt die Verathung des vom Herrenhause in veränderter Fassung zurückgelangten Entwurfes einer Städteordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen.

Die Abg. Hänel, Miquel und Genossen beantragen, die Vorlage nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses wiederherzustellen.

Abg. Miquel: Meine politischen Freunde und ich sind entschlossen, in der jetzigen Lage der Verathung der Städteordnung einfach und generell die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses wiederherzustellen, unter Ablehnung der abweichenden Beschlüsse des Herrenhauses. Dieser Entschluß ist nicht ein brüskes Abbrechen noch möglicher Verhandlungen zur Erlangung eines Verständnisses mit dem Herrenhause und der Staatsregierung, sondern nur ein nothwendiger Act der Lage, nachdem aus den Beschlüssen des Herrenhauses in so vielen Fällen so wichtige Differenzen sich ergeben haben. Nicht weniger als 43 Paragraphen mit sehr wesentlichen Bestimmungen der Städteordnung, wie sie aus unseren Beschlüssen herborging, hat das Herrenhaus verändert. So hat es neben der Aufrechterhaltung des Dreiklassen-systems einen gesetzlichen Census von 6 Mark beschlossen und da, wo ein höherer Census bis 12 Mark besteht, ortstatutarisch die Aufrechterhaltung desselben zugelassen und ferner die von uns befehligte Bestimmung über das Stimmrecht der Jorenen und juristischen Personen wiederhergestellt. Das Herrenhaus hat auch die Qualification der Stadtrathverordneten in Bezug auf die Lehrer noch verhärtet, indem unter die Bestimmungen des Herrenhauses sogar die Nicht-Wahlbarkeit der Lehrer eines großen Theils der preussischen Gymnasien fällt. In Bezug auf die Klasseneintheilung und die Wahlbezirke sind abweichende Bestimmungen getroffen worden. Unter Beibehaltung der Ausdehnung der Städteordnung auf Frankfurt ist das Dreiklassensystem auch in denjenigen altpreussischen Städten nach den Herrenhausbeschlüssen eingeführt, in welchen jetzt gleiches Wahlrecht oder wenigstens ein abweichendes Wahlrecht besteht, unter Streichung unseres § 42. In Bezug auf die Befähigungsfrage hat das Herrenhaus die Zustimmung zur Verlegung der Befähigung durch den Provinzialrath in Städten unter 10,000 Einwohnern gestrichen, die Befähigung auch bei der Wiederwahl gefordert und sie auf alle Abgeordneten ausgedehnt, während wir sie auf den Bürgermeister und den ersten Beigeordneten beschränkt hatten. Sodann ist die lebenslängliche Wahl des Bürgermeisters gestattet; die gemeinschaftlichen Sitzungen bei beiden städtischen Collegien, auf die ein großer Theil dieses Hauses besonderen Werth legt, sind im Wesentlichen beseitigt, die Festsetzung der Gehälter in den kleineren Städten ist wieder außerhalb der Gemeinde in die Hand des Bezirksrates gelegt.

In Beziehung auf die Anstellung von Invaliden und Militärärzten enthalten die Herrenhausbeschlüsse gleichfalls Abweichungen. Was den Bürgermeister betrifft, so ist die Ausnahmebestimmung des Bürgermeisters außer dem Kreise seiner Kollegen bedeutend verhärtet und ein wirkliches Collegialverhältnis zwischen Bürgermeister und den übrigen Magistratsmitgliedern fast aufgehoben. Der Bürgermeister soll seinen Urlaub nicht mehr nehmen vom Magistrat, von seinem Collegium, sondern von der Aufsichtsbehörde; ihm steht das Disciplinarrecht über alle Gemeindebeamten zu, und in Bezug auf die Polizeiverwaltung hat er nahezu dieselbe Stellung bekommen, die er nach der Regierungsvorlage ursprünglich hatte und die von unseren Beschlüssen ganz abweichend war. Was die Aufsicht betrifft, so hat das Herrenhaus wieder den dunkeln unbegrenzten Begriff eingeführt, durch die Bestimmung, die Aufsicht müsse geführt werden „mit den gesetzlichen Mitteln“, an deren Stelle wir zur Klarstellung dieses Begriffes vorgeschrieben hatten, es müsse die Aufsicht geführt werden mit den in diesem Gesetz und in dem Competenzgesetz gegebenen Mitteln. Die Auflösung der Stadtrathverordneten-Versammlung nach den Beschlüssen des Herrenhauses in der Weise stattfinden, wie sie in der ursprünglichen Regierungsvorlage vorgesehen war. Von einer Reihe einzelner kleinerer Differenzen lasse ich ab. Ich glaube doch unbedenken zu sagen, daß man an dem äußersten Schluss der Session, wo namentlich das Herrenhaus kaum noch beschlußfähig vorhanden ist, verzichten muß, wenn auch mit größtem Bedauern, eine Verständigung über ein so wichtiges organisches Gesetz noch in dieser Session zu Stande zu bringen. Wir, die wir den ganzen Winter in der Commission und im Plenum an diesem Gesetz gearbeitet, haben uns zu diesem Beschlusse gewiß nur sehr ungern bewegen lassen. Wir bedauern, daß diese viele Mühe und Arbeit wenigstens für diese Session keine bessere Frucht getragen hat, glauben aber nicht, daß die Arbeit vollständig verloren ist, sie wird auch für unsere Nachfolger noch von erheblichem Werthe sein. Ich empfehle Ihnen unseren Antrag auch nicht in dem Sinne, als wenn meine politischen Freunde die Beschlüsse des Herrenhauses für weniger geeignet hielten, in das Gesetz angenommen zu werden als einzelne Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, auch nicht in dem Sinne, als wenn alle einzelnen Beschlüsse dieses Hauses für die besten gehalten würden.

Wäre die Möglichkeit und die Zeit einer Verständigung gegeben, dann könnte man auf die einzelnen Beschlüsse materiell eingehen. Die Ueberzeugung, daß es nicht mehr gelingen wird, eine Verständigung mit dem Herrenhause herbeizuführen, ist nun allerdings auch durch die Haltung der Staatsregierung im Herrenhause verstärkt worden. (Sehr richtig!) Wenn das Herrenhaus ernstlich die Städteordnung zu Stande bringen wollte, so hätte es sich mehr beschränken und mehr Rücksicht nehmen müssen auf die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses, um wenigstens in kleineren Fragen uns entgegen zu kommen, was in keiner Weise der Fall ist. Die Staatsregierung hat die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses mit herbortretender Entschiedenheit nicht betreten, auch nicht solche, die hier im Abgeordnetenhause von den Vertretern der Regierung kaum betämpft worden sind. Der Minister hat bei der dritten Lesung eigentlich nur die Hauptdifferenzen uns genannt, und wir waren bereit, ihm darin entgegenzukommen. Meine Freunde haben fast ausnahmslos für den Antrag votirt, von dem der Minister gesagt hatte, man werde ihn ernstlich erwägen. In der Bestätigungsfrage hatte der Minister das Wesentliche von dem, was er wünschte, erreicht, und es bleibt also nur noch die Frage wegen der 6 Mark übrig. Die Zahl der Differenzen, die aus den Beschlüssen des Herrenhauses herborging, sind weit bedeutender, und die Staatsregierung wird selber unsere Haltung als berechtigt anerkennen, wenn wir sagen, unter diesen Umständen müssen wir, wenn auch widerwillig, verzichten, weitere Verhandlungen in dieser Session zu führen. Die Städteordnung wird sicherlich in dem nächsten Abgeordnetenhause wieder erscheinen. Wenn wir das Competenzgesetz, wie ich hoffe und wünsche, zu Stande bringen, dann ist der Ersatz einer Städteordnung eine unbedingte Nothwendigkeit. Die heutigen Verhandlungen werden dann wenigstens die Frucht tragen, die Frage klar zu stellen und für die Entscheidung zu reifen. Mögen die Bürger der preussischen Städte nun diese Verhandlungen studiren!

Mögen sie sich die Differenzen und Fragen klar machen, dann bin ich überzeugt, die Städteordnung wird für das nächste Mal besser werden, als die heutige geworden sein würde. Das Land wird dann nichts verloren haben. Große Principien aber im letzten Augenblicke preiszugeben, das würde uns nicht wohl anstehen (Hört! rechts) und würde gewiß auch nicht in den Wünschen und der Meinung des preussischen Bürgerthums liegen. (Beifall.)

Abg. Stengel: Nach den Namen, welche der Antrag als Unterschriften trägt, scheint wohl das Schicksal der Städteordnung besiegelt zu sein, es bestätigt diese Thatsache aber nur unsere neulichen Ausführungen, daß es bei der Ueberwindung des Hauses und der Kürze der Zeit nicht mehr möglich sein würde, das Gesetz durchzubringen. Nachdem dies aber einmal von beiden Häusern des Landtages geschehen ist und nachdem einmal diese große Mühe darauf verwendet worden ist, würden wir es außerordentlich bedauern, wenn jetzt keine Einigung erzielt werden würde. Wir werden deshalb den Gesetzentwurf nicht von vornherein ablehnen, sondern sind bereit jeden einzelnen Paragraphen mit Ernst durchzuberathen. Amendements werden wir bei der jetzigen Lage der Geschäfte nicht mehr stellen, wir werden dagegen durch unsere Abstimmung zu zeigen suchen, in welchen Punkten wir eine Verständigung für möglich gehalten hätten.

Abg. Birchow: Wenn ich und meine Freunde heute für diejenige Fassung stimmen, welche die Städteordnung durch unsere früheren Beschlüsse erhalten hätte, so bringen wir damit ein erhebliches Opfer, weil wir jene Beschlüsse in sehr wesentlichen Punkten nicht für zureichend halten, und ich möchte den Herrn Minister bitten, aus dieser unserer heutigen Abstimmung nicht die Konsequenz zu ziehen, daß er der in der nächsten Session vorzuliegenden Städteordnung nicht weiter gehende Gesichtspunkte zu Grunde zu legen brauche. Die Form, die wir gegenwärtig wählen, betrachten wir uns als eine Art feierlicher Bestätigung, bei welcher alle Leittragenden sich noch einmal vereinigen (Heiterkeit) und die passive Assistentz des Herrn Ministers des Innern bei dieser Angelegenheit wird ja wahrscheinlich auch nur den Eindruck der Trauerfeierlichkeit erhöhen (Heiterkeit). Wer eigentlich bei dieser Sache der Hauptleidtragende ist — das zu ergründen ist mir nicht ganz gelungen; Jeder betrachtet den Andern als solchen, und ich glaube, selbst der Abg. Stengel, der sich am meisten für die Sache zu interessieren scheint, lehnt seinerseits die Insinuation, den tiefsten Schmerz zu empfinden, von sich ab. (Heiterkeit.)

In der That kann an dem Werk, das wir vor uns haben, Niemand seine Freude haben. Es ist so recht ein Zeichen der Misere, in der wir uns befinden (Sehr wahr!) und würde, zum Gesetz erhoben, als ein trauriges Monument dastehen, was man in einer solchen Periode zu Stande bringt. Diese Schuld trifft freilich nicht den Minister des Innern allein, sondern alle seine Collegen vom höchsten an. Wenn wir uns in der unerquicklichen Lage befinden, gegenwärtig über etwas zu berathen, für dessen weitere Behandlung uns die Zeit und zum Theil auch die Personen fehlen, mit denen wir verhandeln können (Heiterkeit), so ist die Situation doch nur durch die schlechte Disposition bezüglich der Verhandlung unserer öffentlichen Geschäfte herbeigeführt. Die äußerlichen Hilfsmittel, wie die Verlegung des Etatsjahres u. s. w., helfen in dieser Beziehung wenig. Die Schwierigkeiten liegen weniger in dem Etatsjahre, als in dem Umstande, daß man sich in dem Etatsjahre nicht einzurichten verstand, d. h., daß man nicht fleißig genug war, um sich auf die kommenden Sessionen vorzubereiten. (Sehr wahr!) Das ist ein Vorwurf, den ich auch dem Minister des Innern mache: Mangel an Fleiß. (Große Heiterkeit.) Ich meine das sehr ernsthaft. Nachdem ich seit 13 Jahren die Ehre habe, mit dem Herrn Minister zusammen zu arbeiten, habe ich den dauernden Eindruck, daß er niemals zu rechter Zeit die Dinge fertig hat, die zur Verhandlung kommen sollen. In Folge dessen kommt das Haus und — was doch auch wichtig ist — das Land immer zu spät in die Lage, zu den Vorlagen Stellung zu nehmen und sie mit genügender Mühe zu erörtern. Hieraus resultirt dann von vornherein eine Reihe von gegen einander wirkenden Strömungen in der öffentlichen Meinung und in den maßgebenden Parteien dieses Hauses, die nur mühsam zu einem oft recht farblosen Werk abgeleitet werden. Es ist so, als wenn man eine Reihe von verschiedenen Farben zusammenrührt, bis man zu einem allgemeinen Grau kommt. Nicht ein einziger leuchtender Punkt ist darin zu entdecken, gar nichts, was erhellend einwirkt auf den Beobachter. Aber noch viel schlimmer ist es doch, daß der Minister des Innern selbst nicht die Zeit findet, sich nun seinen Elaboraten gegenüber eigentlich klar zu werden. (Sehr wahr!)

Die constitutionelle Fiction bringt es ja mit sich, daß ein Minister, wenn er ein Gesetz her einbringt, es als sein Gesetz betrachtet, wenn es auch ein öffentliches Geheimniß ist, daß es ein ganz Anderer gemacht hat. Der Minister ist nun nicht ganz in dem Jahrwasser dieses Gesetzes; er ist selber nicht ganz überzeugt, daß dies eigentlich die beste Form ist; er überläßt sich der Strömung des Hauses; und er, der selten eigentlich das Bedürfnis empfindet, sein Schifflein zu steuern, läßt sich hin und herkaulen von den Wellen, die das Gegeneinanderarbeiten der Fractionen hier im Hause erregt. (Heiterkeit) Er denkt endlich: wenn hier die Fahrt vorüber ist, so werde ich mir überlegen, was eigentlich dabei herausgekommen ist; dann habe ich ja das Herrenhaus und dort mache ich mir die Sache fertig. (Heiterkeit) Dieser Gang der Dinge ist nicht nur im äußersten Maße zeitraubend, sondern es ist für uns auch eine starke Zumuthung, an einem Werke zu arbeiten, bei dem man im Voraus immer halb verzweifeln muß, ob es gelingen wird, es in irgend einen Hafen zu bringen. Es ist absolut und dringend nothwendig, daß sich die Regierung und vor Allem der Minister des Innern gegenüber diesen großen Organisationsgeheimnissen eine feste Stellung mache und für bestimmte Einrichtungen mit aller Kraft eintrete. Es ist dies doch die allerfeinste und allerbedeutsamste Anforderung, die man an einen constitutionellen Minister stellen kann. Wir haben nun allerdings das böse Vorbild an der höchsten Stelle, und ich war in der That etwas überrascht, daß ich gerade heute Morgen von einer ganz entfernten Region her den Gedanken, der mich seit langer Zeit bei Betrachtung der politischen Zustände beschliefen hat, in einer ganz naiven und zugleich sehr bezeichnenden Form ausgebrochen fand.

Eine Correspondenz aus dem „Bester Lloyd“, welche sich über unsere Verhältnisse ausspricht, setzt auseinander, daß der Reichskanzler sein Verhältniß zu den Parteien so auffasse, wie sein Verhältniß zu den auswärtigen Mächten. Er verhandele von Fall zu Fall und wende die Regeln der Diplomatie auch auf die anderen Verhältnisse an. Ja, m. S., dies ist in der That der Fall. Der Ministerpräsident operirt so; daraus aber braucht nicht nothwendig zu folgen, daß die anderen Minister auch so operiren müssen. Leider thut dies der Minister des Innern. Er verhandelt mit dem Abgeordnetenhause wie mit einer auswärtigen Macht. Ist es kräftig genug, läßt er sich etwas abhandeln, ist das nicht der Fall, ruft er das Herrenhaus zu Hilfe und stellt seine Bedingungen. Wohin das führt, das documentirt so recht deutlich die heute in den Zeitungen veröffentlichte Proclamation des Landraths von Samter, der — doch wohl im Einverständnis mit seinem hohen Chef — zu der Ueberzeugung kommt, daß mit der ganzen bisherigen Parteibildung nicht zu operiren ist und daß man eine Partei Bismarck sans phrase braucht. Das wäre in der That eine recht vortreffliche Einrichtung, zumal wenn diese Partei auch gleichzeitig Partei Eulenburg sans phrase würde (Heiterkeit) und nicht etwa gelegentlich ein Mission zwischen diesen zwei Richtungen sich hineinschieben sollte. Bei unbefangener Prüfung dieses Vorganges muß man doch sagen, er ist im höchsten Maße für unsere inneren politischen Zustände bezeichnend. Daß in einer schlaflosen Nacht, wie sie manche hochlebende Staatsmänner haben, allerlei wüste Gedanken durch ihren Kopf ziehen, die sich dann zum Agrarier und zu anderen Traum-Gestalten verdichten (Heiterkeit), das kann man sich ja eben Angesichts der vielen Störungen, welche auf solche hohen Staatsmänner einwirken, gefallen lassen; aber daß selbst ein preussischer Landrath die Meinung hat, das wäre Volksvertretung, wenn man eine Majorität zu Stande brächte durch eine Partei Bismarck sans phrase, dazu gehört doch in der That schon ein höheres Maß von Abstumpfung des gewöhnlichen Denkens. (Große Heiterkeit.) Also, meine Herren, diese Dinge ereignen sich unter diesem System und ich behaupte, daß das System Schuld daran ist. (Sehr wahr!)

Ich bin überzeugt, kein Landrath von Samter würde die Courage haben, mit dergleichen hervorzutreten, wenn er nicht überzeugt wäre, daß ihm das

durch vielleicht ein wohlthuesendes Lächeln von oben her zusaufen würde. (Heiterkeit.) Daß das reine patriotische Aufopferung ist, weil er sich, ein zweiter Arnold Winkelried, vorn in die Bresche stellt (Heiterkeit), um die Speere aller Gegner auf sich zu ziehen, das erwartet wohl Niemand. An solchen Zeichen der Zeit sollte der Minister sich klar machen, wohin diese Art des Nichtstuehrens führt. Seine Beamten verlieren völlig die Fühlung und sind zuletzt genöthigt, sich auf eigene Erfindungen zu verlassen (Heiterkeit), wozu sie doch im Allgemeinen wenig qualificirt sind. Das Ministerium des Innern sollte entschieden eine auctoritative Stellung haben. Die alte Theilung von „Autorität, nicht Majorität“, war ja unabweigend gegenüber der modernen Zeit; aber ich muß doch sagen, eine Regierung, die keine Autorität hat und nicht im Stande ist, sich als Autorität fühlbar zu machen, sollte nicht vorhanden sein. (Sehr richtig!) Denn sonst verfinke ich in der That nicht mehr, warum sie Regierung ist. Deshalb kann aber eine Regierung im modernen Sinne allerdings nicht ewig sein. Nicht immer kann derselbe Gehalte herrschen, nicht immer kann dieselbe Person regieren, wenn sie nicht eben souverän und unverantwortlich ist. Die ganze Idee des constitutionellen Staates beruht darauf, daß man eine unverantwortliche, bleibende und damit also auch die constanten Interessen der Regierung vertretende Stelle hat, daß aber neben dieser Stelle wechselnde Positionen existiren, von denen jede ihrer Zeit den Genannten mit voller Autorität vertritt, für den sie aufgetreten ist. Aber wofür tritt denn der Minister Graf zu Eulenburg auf? (Hört!) Kann das Jemand sagen? Will der Minister das preussische Volk behandeln wie eine auswärtige Macht? Will er mit seinen Vertretern verhandeln wie mit auswärtigen Gesandten, denen er gelegentlich Concessionen macht, wenn es nicht anders geht, und denen er abhandelt, was er irgend abhandeln kann? Dann läßt sich auf die Dauer nicht regieren.

Der Minister des Innern muß sich entschließen, eine bestimmte Stellung einzunehmen und für diese Stellung einmal soviel einzusetzen, daß seine ganze ministerielle Existenz dadurch auch bestimmt wird, d. h. er muß auch einmal fallen können. Wenn das aber feststehendes Princip ist, was, wie es scheint, der Reichskanzler in sich aufgenommen hat, daß die Minister permanente Persönlichkeiten sein, daß sie eben so lange dauern, wie sie leben, daß sie zu allen Zeiten, unter allen Umständen bleiben, ja dann kommen wir in ein ganz differentes System von dem, was unsere Verfassungsurkunde bis jetzt vorausgesetzt hat, dann wäre es zweckmäßig, wenn die Minister sehr bald eine neue Verfassungsurkunde aufzustellen verjuchten in dem Sinne, wie sie sich diesen neuen Staat vorstellen wollten. Andernfalls können wir wirklich nicht so weiter arbeiten. Auf diesem Wege tritt allmählig eine Verwirrung durch das ganze Land ein. Ich glaube, keine Partei in diesem Hause würde es aussprechen, daß der jetzt besetzte Weg ein salutarer sei, daß auf diese Weise weiter regiert werden könne. Abhilfe kann nur dadurch erzielt werden, daß die Minister sich selbst in verantwortlicher Weise mit gewissen Programmen den Gedanken erfüllen, an deren Durchführung sie ihre ganze Existenz setzen, und die sie nicht fallen lassen, und für die sie sich allen Factoren gegenüber als verantwortlich und verpflichtet erachten. Dazu gehört aber, daß man sich einen vollen Plan macht über den Gegenstand, den man verfolgt. Wir glauben, der Minister des Innern würde diese Gesetgebung nur dann fördern können, wenn er uns einmal die Gesamtheit aller wichtigen hier nothwendigen Gesetze zusammenbrächte. Das ist allerdings keine kleine Aufgabe; dazu gehört eine starke persönliche Hingabe an solche Arbeit; aber wenn ein Minister sich an ihre Durcharbeitung macht, dann müßte doch das Gefühl der Verantwortlichkeit in ihm so groß sein, daß er den Gesamtplan feststellt und nach diesem all die einzelnen Dinge macht. Statt dessen sehen wir im Reichstage dieselben Schwierigkeiten in Bezug auf die einzelnen Gesetze entstehen. Weil Niemand mit Entschiedenheit für das, was eingebracht ist, eintritt, verändert sich die ganze Situation und es schiebt sich die Arbeitslast auf die parlamentarischen Körperschaften. Ein solches Parlament erfordert eigentlich spezifische Politiker zu Mitgliedern, denen aber auch die Möglichkeit gegeben würde, in einer Stellung direct zu wirken.

Eine solche Möglichkeit, wie sie in jedem anderen Staate mit constitutionellen Einrichtungen besteht, ist bei uns bekanntlich auch abgeschritten. Hier kann jemand Politiker sein und den größten Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben, er gilt doch immer nur als heterogenes Element, welches niemals den Anspruch erheben könnte, selbst regieren zu wollen. Es versteht sich ganz von selbst, daß der Minister Eulenburg immerfort regiert, auch wenn die Gesetze ihm von anderen Leuten gemacht werden. (Heiterkeit.) Diese Lage ist mit der Zeit unerträglich. Es ist die Gefahr, daß die Zahl der befähigten Personen in Preußen, welche sich an der öffentlichen Arbeit betheiligen, von Jahr zu Jahr kleiner werden wird (Sehr richtig!), und daß die Zahl der Vermittelnden für die Regierung so wichtigen Elemente allmählig zerbröckelt wird. Sie werden eine Reihe von geschlossenen Parteilagern mit wenigen Führern bekommen, denen die Parteien streng gehorchen und die mit stricter Disciplin in den öffentlichen Dingen wirken. Das, was das Centrum in der jetzigen Zeit geleistet hat, was gewiß zu anerkennenswerther Disciplin geführt hat, das wird mehr und mehr auch das Bedürfnis der anderen Parteien werden. Es wird sich eine geschlossene zu allen Transactionen wenig geneigte Reihe von Parteien gestalten. Wenn sich das Traumbild des Landraths von Samter verwirklichen könnte, so würden Sie das vielleicht schon in der nächsten Session erleben. Im Interesse des Vaterlandes möchte ich daher diese letzte Periode unserer parlamentarischen Lebens dazu benutzen, dem Minister des Innern doch recht dringlich ans Herz zu legen, sich die allgemeine Situation klar zu machen und nicht seine Beamten auf Wegen weiter wandeln zu lassen, die nicht zu einer wirklich fördernden Lage führen können. Um diese Lage zu erzielen, müssen sich die Minister zu Trägern wirklich politischer Gedanken machen, und wenn der Minister des Innern in erster Weise einmal versuchen will, was durch die uns nächstens bevorstehende Wahl geleistet werden kann, dann möge er zu diesem Zweck doch ein concretes Programm vorlegen, über welches wir vor dem Lande dann im ephemerischen politischen Kampfe streiten können.

Der Minister bezieht sich mit Vorliebe auf den andern Factor der Gesetzgebung, der doch thatsächlich nicht den Anspruch erheben kann, das Volk zu repräsentiren. Gerade in der Frage, bei der es sich darum handelt, die Stellung der Magistrats zur Regierung zu ordnen, war wohl das Herrenhaus der am wenigsten unbefangene Factor. Es war politisch nicht ganz geschickt, gerade die persönlich betheiligten Elemente des anderen Hauses aufzurufen, um diese Frage zu entscheiden. (Sehr wahr!) Deshalb wollen wir auch nicht unter passiver Assistentz des Ministers wiederum veränderte Beschlüsse an das Herrenhaus zur nochmaligen Betrachtung durch die magistratische Brille schicken. Der Minister des Innern muß doch die Städteordnung auch einmal durch die Brille des Abgeordnetenhauses ansehen. Wir haben wirklich unseren Wünschen als Stadtrathverordnete genügt Beschränkungen aufgelegt. Ich glaube bei der unter ungünstigen Bedingungen beginnenden Legislaturperiode hätte die Regierung und namentlich der Minister des Innern allen Grund zu den neuen Selbstverwaltungsgesetzen klare Stellung zu nehmen, damit das Land danach seine Vertreter wählen kann. Wir sind bis jetzt nicht der Meinung, daß der Minister consequent auf dem eingeschlagenen Wege fortfahren wird und kündigen ihm deshalb unsere uneingeschränkte Opposition an. (Bravo links, Zwischenruf.)

Minister Graf zu Eulenburg: Der Vordredner schiebt die Schuld für das wahrscheinliche Nichtzustandekommen der Städteordnung auf die Planlosigkeit und den Mangel an Fleiß der betreffenden Ministerien. Ich möchte dem gegenüber auf einige Punkte hinweisen, welche mir die Session so lang gemacht zu haben scheinen: das ist erstens die Art und Weise, mit welcher einzelne Abgeordnete, wie der Abg. Birchow dies eben jetzt gethan hat, die Gegenstände behandeln, indem sie über alles Mögliche sprechen, nur nicht über den eigentlichen Gegenstand (rechts: Sehr richtig!); ferner in der wiederholten Forderung von Seiten des Hauses, ganze Gesetzbüchel vorzulegen, obgleich wir nicht einmal die wenigen vorgelegten Entwürfe fertig gebracht haben. Der dritte Uebelstand, gegen den die Regierung und das Land zu kämpfen haben, ist der, daß sich die Herren vom Fortschritt nicht auf die einmal im Princip gegebenen Grundlagen stellen, sondern bei jedem Paragraphen an dieser zu rätheln suchen und lange discutiren. Nun machen Sie mir den Vorwurf, daß ich keine feste Stellung einnehme. Ich habe nie das Talent gehabt, ein langes Programm zu entwickeln, aber ich habe stets

zu jedem einzelnen Paragraphen Stellung genommen, und außerdem dürfte wohl meine Thätigkeit als Programm genügen. In demselben Augenblicke, in welchem ich die Selbstverwaltungsvorlagen machte, habe ich auch bewiesen, daß ich den Communen so viel Selbstständigkeit und Freiheit geben will, als sie selbst und die Interessen des Staates betragen, und ich erinnere an die Worte des Abg. Lasker, daß dies die freiestmögliche Verwaltungs-Geheißung sei, die er kenne. Er erkannte aber gleichzeitig an, daß der Schwerpunkt der Landesverwaltung nicht völlig aus den Händen des Staates gegeben werden dürfe, wenn dieser nicht auseinanderfallen soll. Dieser Pflicht den Staat zu schützen, bin ich mir bewußt gewesen, und diese Stellung habe ich im Herrenhause vertreten. Wenn ich aufrichtig sagen soll, hat dasselbe mit viel mehr Sachkenntnis das Gesetz behandelt, wie dieses Haus. (Hör!) Alle Bürgermeister sind dort in der Communalverwaltung erfahrene Leute, während hier nur zwei oder drei sind, welche Kenntnis von der Sache haben und denen sämmtliche Anderen nur blind folgen. (Unruhe.) Wenn die Regierung sich eine bestimmte Marke gestellt hat, über die sie im Interesse des Staates nicht hinausgehen darf, und sie hört nur im anderen Hause von sachkundigen Leuten durch Ausführungen, die auch für sie selbst belehrend sind, die Gemeingefährlichkeit einzelner Bestimmungen, so kann der Minister doch nicht sagen: Das ist Alles ganz gut, aber wir dürfen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses nicht ändern. Wir machen hier keine Parteigesetze, sondern Gesetze für die Praxis, und ich bitte Sie, lassen sie uns nicht aus Parteirücksichten in Unfrieden auseinandergehen, sondern als treue Arbeiter uns die Hand drücken, mit dem Bedauern, daß diesmal das Gesetz nicht zu Stande gekommen, und mit dem festen Willen, das Werk in der nächsten Session mit frischem Muthe in Angriff zu nehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich hatte nicht erwartet, daß in der heutigen Discussion so viele Bahnen werden besprochen werden. In der That, wenn man das hippocratrische Gefühl des Hauses sieht, das der Agonie nahe ist, so erwartet man nicht, daß es sich so ermannen würde, wie aus den Aeußerungen des Abg. Miquel und vor allem aus denen des Abg. Birchow hervorgeht. Ich frage mich unwillkürlich: woher diese Kräfte? Der Landrath - b. Knobloch glaube ich, heißt er (Heiterkeit) - erklärt, er wolle eine Partei Bismarck sans phrase; nach meiner Ansicht hatten wir bisher auf jener Seite des Hauses eine Partei Bismarck avec phrase (Heiterkeit), und es tritt bei derselben jetzt ein gewisses Erschreden ein. Sie machen der Regierung wegen ihrer Haltung einen großen Vorwurf; theils ist derselbe richtig, theils unrichtig, theils übertrieben. Aber, wer hat denn die Regierung überhaupt zu dem gemacht, was sie ist? Das haben Sie selbst getan. Sie ernten heute die Früchte Ihrer That. Wenn das Parlament klar und kräftig ist und selbst weiß, was es will, und wenn es einen bestimmten Plan auf die Organisation und die Gesetze hat, dann wird die Regierung sich klar machen, wie weit sie in ihren Anschauungen gehen kann. Mit einem Parlament aber, das selbst keinen Plan hat, das bei jedem Paragraphen sein Glück und seine Seligkeit darin sieht, einen Ausgleich zu Stande zu bringen, das wird sich keine ordentlichen Ministerien schaffen oder sich solche erziehen. Wenn der „Bester Lloyd“ sagt, daß der Fürst Bismarck mit dem Parlament verhandelt wie mit auswärtigen Mächten, so frage ich Sie, weshalb lassen Sie sich als solche behandeln? Wenn er weiß, daß er mit einem selbstständigen Parlament verhandelt, so wird er anders auftreten müssen, als wenn er weiß, daß bei jedem Donnerwetter von seiner Seite Alles aus den Fugen geht. Wer hat denn eigentlich Bismarck zum Autokraten gemacht. Die Reichstagsfälle hallen wieder von Banegrylen, wie man sie sonst nur im Orient zu hören gewohnt ist. (Widerpruch.) Jetzt werden dem Minister Dr. Culeburg Vorwürfe gemacht, und doch beglückwünschte man ihn seiner Zeit wegen seines Systemwechsels. Es ist ein leuchtendes Beispiel für die Behauptung, daß ein Parlament sich seine Minister ziehen kann, für mich allerdings ein abschreckendes. (Heiterkeit.)

Er ging vom Conservatismus zum Nationalliberalismus über, wird aber jedenfalls durch die Partei Bismarck sans phrase bald wieder zu seinem origime zurückgeführt werden. (Heiterkeit.) Zuerst sollte man Selbsterkenntnis üben; wenn der heutige Tag dazu beitragen sollte, diese Selbsterkenntnis bei den Einzelnen und bei den Parteien zu fördern, so wird diese Debatte nicht fruchtlos gewesen sein; aber so lange Sie fortfahren in Ihrem sogenannten Culturkampf (Aha!), so lange Sie nicht gründliche Umladre halten, so lange Sie nicht Ruhe thun, so lange werden Sie niemals wieder auf den Boden kommen, auf dem man das Recht aufbaut und die Freiheit schließt. Man kann nicht auf dem wichtigsten und artzesten Gebiete den Polizeistat machen und auf der andern Seite Freiheiten verlangen. Ehe diese Umladre nicht erfolgt ist, wird auch eine gesunde Parteibildung nicht stattfinden können, und der Landrath hat ganz Recht, bei Zuständen, wie wir sie jetzt haben, wird nur eine Partei Bismarck sans phrase überhaupt noch dem Wunsche des allgewaltigen Mannes entsprechen, d. h. so lange diese Zustände dauern, ist ein parlamentarisch-constitutionelles System überhaupt nicht möglich. Das hat dieser Mann ausgesprochen und es freut mich, daß er es gethan hat, denn mit diesem Ausdruck kann die Erkenntnis Platz greifen. Was nun die eigentliche Frage anbelangt, ob oder inwiefern wir zu einer Verständigung mit dem Herrenhause werden kommen können, so leugne ich nicht, daß ich mit einiger Schüchternheit an diese Frage gehe, nachdem der Minister des Innern ziemlich deutlich erklärt hat, daß ausschließlich zwei oder drei in diesem Hause die Sache zu beurtheilen im Stande seien, und daß ich unter diesen nicht mitzähle, weiß ich ganz genau (Heiterkeit). Wenn der Minister des Innern sich darauf bezieht, daß im Herrenhause dagegen so viele sachverständige Bürgermeister sitzen, so anerkenne ich durchaus die große Bedeutung solcher Männer in dieser Frage, welche Erfahrung in der Commune haben, aber ich bezweifle, daß die Bürgermeister als preussische Beamte unabhängig genug sind, um hier unparteiisch zu entscheiden. Nach der Art der Wahl und der Bestätigung werden dieselben wohl gute Staatsdiener, aber keine freien Communalbeamten.

Ich möchte vor allem zwei Punkte aufstellen, welche das Lob des Herrn Ministers denn doch bedenklich abschwächen: erstens, daß die Beamten sich geweiht haben, junge Staatsbürger zum Staatsdienst auszubilden, und daß sie das Gesetz für Rheinland und Westfalen nicht annehmbar fanden, weil dort der Culturkampf wüthete. Die Leute, welche die Gesetze von solchen Zufälligkeiten abhängig machen, scheinen mir denn doch nicht die richtigen Gesetzgeber zu sein. Daß der Minister sie als solche preist, ist ganz natürlich, weil sie ihm das zurückgeben, was das Abgeordnetenhaus genommen hat; ein Jeder hört eben die Instanzen am liebsten, welche seine Lieblingsmelodie spielen. (Heiterkeit.) Nach dem ausgesprochenen Urtheil des Ministers werde ich mir wohl überlegen, ob ich ferner an Beratungen über communale Dinge theilnehme, aber jedenfalls will ich heute wenigstens noch meinen Standpunkt klar legen. Ich würde noch am liebsten eine detaillierte Durchberatung wünschen, weil viele Punkte zur Verständigung führen könnten, aber bei der jetzigen Geschäftslage ist dies materiell unmöglich. Ich finde überhaupt, daß in dem Geschäftsgange beider Häuser sich eine wesentliche Lücke befindet; denn das Hin- und Herbürschiden von Vorlagen von einem Hause zum andern kann doch unmöglich in infinitum stattfinden; es würde wohl am besten eine gemischte Commission aus Mitgliedern beider Häuser einzusetzen sein, welche die Ausgleichung zwischen den Differenzpunkten herbeizuführen im Stande ist. Neben den vielen annehmbaren Punkten sind für mich folgende völlig unannehmbar: die Bestimmungen über das Bürgerrecht, das Dreiklassenwahlrecht, die Bestimmungen über das Verhältnis der Polizei, die das Herrenhaus sogar noch schärfer gemacht hat, als sie in der Regierungsvorlage waren, und vor allem das Bestätigungsrecht. So lange die Regierung das absolute Bestätigungsrecht hat und der Fuldaer Landrath Geh die Bürger mit Selbststrafe bedrohen kann, wenn sie einen ultramontanen Bürgermeister wählen, ist an eine Freiheit und Unabhängigkeit der Städte nicht zu denken. Ich behaupte, daß die Zeit schon so weit vorgerückt ist, daß eine Verständigung zwischen beiden Häusern nicht mehr stattfinden kann; ich wünsche aber, daß diese Vorgänge keine Mißstimmung zwischen beiden Häusern oder ein bitteres Gefühl zwischen der Regierung und dem Hause oder zwischen den einzelnen Parteien erzeugen möge; ich wünsche nur, daß diese Angelegenheit den Grund legen möge zur Selbsterkenntnis und zur Besserung. (Beifall im Centrum.)

Abg. Hänel: Als der Abg. Windthorst in seinen Ausführungen an das Verhältnis dieses Hauses zum Herrenhause kam, da war die donnernde Gewalt seiner Rede zu Ende, so daß er sogar die Schöpfung gemeinsamer Institutionen beider Häuser vorschlug. Sobald es sich um das Herrenhaus handelt, ist der Abg. Windthorst stets sehr zuvorkommend, vielleicht mit der geheimen Absicht, von dort her eine Unterstützung seines Standpunktes zu finden. Der erste Theil seiner Rede ist für uns vollständig wertlos, weil er darin ausfordert, Umladre und Ruhe im Culturkampf zu thun. Auf diesem Wege wird nie eine Vereinigung zwischen uns möglich sein, der Ruf: „Nach Canossa!“ wird nie eine gesunde Parteibildung ermöglichen. So lange der Staat nicht sicher ist gegen die Uebergriffe der Kirche und die Agitationen des Centrums, wird die Majorität immer durch den Zustand der Abwehr zu Maßregeln gedrängt werden, die sie sonst vielleicht nicht beschlossen hätte. Die Schuld an einer solchen farblosen und wenig energischen Gesetzgebung trägt die Partei des Abg. Windthorst und ihre Kampfweise. Der Minister des Innern hat sodann gegen den Abg. Birchow den schweren Vorwurf gerichtet, daß den allgemeinen Gesichtspunkten, welchen derselbe in seiner Rede Ausdruck gegeben habe, das Scheitern der gegenwärtigen Gesetzgebung hauptsächlich zur Last falle. Ich halte es gerade für ein großes Ver-

dienst des Abg. Birchow, daß er gegen die Fassung des Herrenhauses gekämpft hat nicht mit den kleinlichen Gründen der Ermüdung und der fraglichen Beschlußfähigkeit, sondern von den grobartigen Gesichtspunkten unserer gesammten constitutionellen Institutionen aus. Wir wollen auch nicht, wie der Minister meint, die Vorlegung ganzer Gesetzgebungsstücke, sondern wir wollen nur Klarheit darüber, ob das Ministerium im weiteren Fortgang unserer constitutionellen Lebens an den einmal adoptirten liberalen Grundlagen festhalten wird, weil uns in dieser Beziehung immerfort Zweifel beschleiden. Und diesen Vorwurf, daß der Minister an den so gewonnenen Grundlagen nicht festhalte, begründet auch das Kompetenzgesetz, welches einen großen Theil der erst erlassenen Kreisordnung aufheben will. Die politische Entwicklung des Ministers zeigt keineswegs, daß unser Zweifel unbegründet sei. An einem solchen Zustande des Zweifels ist nicht allein der Graf Culeburg schuld, sondern das Gesamt-Ministerium incl. des Ministerpräsidenten.

Wie stellt sich letzterer zu der gesammten Organisation der Selbstverwaltung? Die widersprechendsten Gerichte durchlegen hierüber die Luft, eine authentische Erklärung ist nicht erfolgt. Und eine solche wäre doch wichtig gerade von Seiten des Ministerpräsidenten, der nach seinem Programm die gesammte Verantwortlichkeit auf seine Person vereinigen und die Minister zu Vorlebern der technischen Ressorts hinabdrücken will. Die amtliche Behauptung des Abg. Birchow, daß wir kein Ministerium, sondern nur eine Sammlung von Ministern haben, ist bisher noch nicht widerlegt, wir würden wohl auch einer entgegengesetzten Erklärung keinen Glauben schenken. Aus diesem Zustande unserer constitutionellen Verhältnisse resultirt auch die gegenwärtige Lage der Städteordnung. Ueber die so hochgepriesene Sachkenntnis des Herrenhauses im Gegenjahre zu der des Abgeordnetenhauses befindet sich der Minister wohl im Irrthum, der vermieden wäre, wenn er sich die Mühe gegeben hätte, ebenso wie den Commissionserörterungen des Herrenhauses auch einmal denen des Abgeordnetenhauses beizuwohnen. Die Vorliebe zum Herrenhause, das nach seiner jetzigen Stellung kein selbstständiger constitutioneller Factor, sondern nur eine Verstärkung der Regierungsmacht ist, ist allerdings natürlich, da es durch seine vom Ministerium abhängige Beschlußfassung und Beschlußfähigkeit eine bequeme Waffe gegen dieses Haus bildet. Der Minister hat es abgelehnt, ein festes Programm zu geben unter Berufung auf seine bisherige Amisfähigkeit; wir hatten aber zu diesem Verlangen eine gute Berechtigung, denn bei der Städteordnung hat der Minister gar kein Programm gehabt. Bei jedem herbeizutretenden Bedürfnis sind die Aemtermenschen aus der Initiative des Hauses herbeizugehen, und dann richten die Officiosen ihre Angriffe gegen die liberalen Parteien und bekämpfen die Anschauung, als ob das Ministerium nicht ebenfalls zu dem Zustandekommen der Gesetzgebung beigetragen habe.

Der Minister des Innern: Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich in ähnlicher Weise wie der Ministerpräsident in der auswärtigen Politik auch im Innern eine schwankende Haltung einnehme, aber die auswärtige Politik hat weiter keinen Hemmschub, als daß ihr die Mittel versagt werden; die auswärtige Politik ist völlig selbstständig, in der innern dagegen können wir keinen einzigen Schritt von Bedeutung machen, ohne den Landtag. Ich will nun nicht sagen, daß es besser ohne denselben gehen würde, aber energischer, einheitlicher würde sicherlich auch die innere Verwaltung sein, wenn sie von diesem natürlichen - Hemmschub will ich nicht sagen, aber von diesem Mitsprecher - (Heiterkeit) nicht geirrt würde. Man macht mir die Programmlosigkeit zum Vorwurf und die hätte ich auch namentlich dadurch bewiesen, daß ich nicht einmal beim Einbringen mich fest über dieselbe ausgesprochen hätte. Aber das einzige Programm kann nur die Ausdehnung der liberalen Gesetzgebung auf die ganze Monarchie sein, wenn ich mich aber nach den einzelnen Modalitäten erkundige, so ist dies einfach Bedürfnis, falls man nicht zu einer hölzernen Gesetzgebung kommen will. Das muß ich aber entschieden bestreiten, als ob die Regierung die liberale Partei jetzt discreditiert wolle, wir stehen absolut in keiner Verbindung mit der „Nordd. Allg. Ztg.“ Wir anerkennen vollständig die Verdienste der nationalliberalen Partei, welche die Regierung mit ihrer Majorität bei ihren Zielen unterstützt hat; dagegen bekämpfen wir die Fortschrittspartei entschieden und werden sie gern nach Möglichkeit zurückdrängen, um der nationalliberalen Partei den ihr gebührenden Platz zu verschaffen. (Hör! Hör!)

Die Generaldebatte wird geschlossen. In der Specialdebatte stellt zu § 44 der Abg. Lasker die vom Abg. Birchow in der dritten Lesung der Städteordnung über die städtische Verwaltung zu Frankfurt a. M. gemachten Angaben bezüglich einer Wasserleitung nach einem vom dortigen Magistrat an das Präsidium des Hauses gelangten Schreiben richtig, welchen Ausführungen sich im Wesentlichen auch der Abg. Birchow anschließt.

Zu § 105, welcher vom Budgetrecht der Stadtverordneten handelt, weist Abg. Richter (Hagen) nach, daß die von der „Provinzial-Correspondenz“ mit jebol Nachdruck herbeigehobene, vom Herrenhause angeblich in liberalem Sinne getroffene Aenderung im Grunde doch eine wesentliche Einschränkung des Budgetrechts der Stadtverordneten-Versammlung den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses gegenüber enthalte.

Darauf werden die übrigen Paragraphen und das Gesetz im Ganzen in der Fassung der früheren Beschlüsse des Abgeordnetenhauses angenommen.

Es folgt die Berathung des in veränderter Fassung vom Herrenhause zurückgelangten Gesetzesentwurfs, betreffend die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden im Geltungsbereich der Provinzialordnung vom 29. Juni 1875.

Abg. Lasker: Die allgemeine Discussion über die Städte-Ordnung hat vorher eine weit über das Gesetz selbst hinausgehende politische Tragweite angenommen und sich meistens erstreckt auf das Verhältnis der Parteien zu einander und das der Parteien zur Regierung. Der Abg. Windthorst hat in seinen Ausführungen die liberalen Parteien mit Vorwürfen überhäuft, er kann jedoch selbst nicht glauben, daß er damit dem guten Verhältnis der Parteien zu einander und der Sache selbst genügt habe. Er wird kaum annehmen dürfen, daß irgend ein principeller Antrag von seiner Seite die Zustimmung der Majorität finden wird, wenn er beständig die Auflösung der liberalen Majorität zum Hauptzweck seiner parlamentarischen Thätigkeit macht. Er hat das gethan von dem Zeitpunkt an, wo er versuchte, die Führerschaft der conservativen Partei zu übernehmen, bis er durch geschickliche Ereignisse gezwungen wurde, mit der Bildung einer eigenen Partei vorzugehen. Ich erkenne in ihm einen geschickten und gefährlichen Gegner und er wird nicht glauben, daß wir nicht von ihm Rathschläge für unsere Kräftigung entgegennehmen werden. Seine Rede kann vielleicht den ultramontanen Zeitungslesern beim Kaffeetisch das billige Vergnügen gewähren, daß er es den Liberalen wieder einmal tüchtig gegeben habe (Heiterkeit), für uns sind seine Worte zu Boden gefallen. An die geheime Umladre, welche sich an seine Rede knüpfen soll, glaubt er wohl selbst nicht. Die beiden großen Organisationsgesetze sind aber zu wichtig, als nur zu Material für Wählreden zu dienen. Die Niedriggefallenheit des Ministers über die Resultatlosigkeit so vieler aufgewandter Mühe theile ich, namentlich, daß die Städteordnung durch ein ungünstiges Geschick und die schroffe Haltung des anderen Hauses, welche durch das Verhalten der Regierung nicht paralysirt wurde, gescheitert ist. Dennoch hoffe auch ich, daß die Arbeit nicht als eine verlorene zu betrachten sein, sondern der folgenden Session zu Gute kommen wird. Ich halte auch jetzt noch unsere Verwaltungsgesetzgebung für eine solche, welche die beteiligten Personen mehr wie die irgend eines Landes zur Theilnahme an der Staatsgewalt zuläßt; daß sie in ihren Uebergangsstadien einige Unbegabtheiten veranlaßt, ist natürlich, dieselbe wird aber durch mühseliges Vorkämpfen bald geboben sein. Unsere vorgeschlagenen Compromissanträge zu motiviren, behalte ich mir, falls es nöthig sein sollte, für die Specialdebatte vor. Ich hoffe, daß ein Factor der Gesetzgebung nicht durch ein Tragheitsmoment das Zustandekommen des Gesetzes hindern wird, sondern daß dieses Gesetz bestimmt ist, nach den vielen Disharmonien dieser Session mit einer Harmonie dieselbe zu schließen.

Abg. Windthorst (Meppen): Die Wirkung der Worte, die ich vorhin gesprochen, wird die weitere Entwicklung der Dinge zeigen. Ein gesprochenes Wort hat seine Bedeutung eben in den Wellenschlägen, die es möglicherweise in weiteren Kreisen macht. Herr Lasker meinte zwar, meine Worte seien zu Boden gefallen; nun bei ihm scheinen sie doch nicht zu Boden gefallen zu sein; er würde sonst nicht solchen Aufschrei gethan haben. (Heiterkeit.) Ich habe das, was ich denke und was durch die Thatfachen dargeboten wird, vorgetragen; ich das weiß, so ist das nicht meine Schuld, sondern die Schuld derer, die diese Thatfachen herbeigeführt haben. Wenn der Vordredner behauptet, daß ich zu irgend einer Zeit ambirt hätte, der Führer der conservativen Partei zu sein, so irrte er sich gründlich. Ich habe zu der conservativen Partei, wie sie früher existirte, allerdings große Sympathien gehabt; für die heutige conservativ Partei habe ich gar keine Sympathien; die heutige ist gar keine conservativ Partei. - Ich habe ferner niemals die Centrumspartei bilden helfen, sondern als sie längst constituirt war, hat die Fraction mich freundlich erjucht beizutreten, und ich freue mich, daß ich der Einladung gefolgt bin. - Was das vorliegende Gesetz betrifft, so werden meine politischen Freunde und ich den Bestrebungen des Abg. Lasker folgen und die von ihm und seinen Freunden gestellten Anträge unterstützen. Wir thun das in dem Wunsche, daß das Gesetz zu Stande komme und in der Hoffnung, daß die Regierung sich bemühen werde, diese Anträge im Herrenhause durchzusetzen.

Damit ist die Generaldiscussion geschlossen. Zu dem Gesetze selbst sind von zahlreichen Mitgliedern der nationalliberalen und der Fortschrittspartei eine Reihe von Abänderungsanträgen gestellt, die zum Theil die Wiederherstellung der früheren Beschlüsse resp. ein Compromiß zwischen den früheren Beschlüssen des Abgeordnetenhauses und der Fassung der Herrenhausbeschlüsse herstellen.

Eine wesentliche Debatte erhebt sich nur bei dem Antrage zu § 173, den früheren Beschluß des Abgeordnetenhauses wieder herzustellen, so daß derselbe lautet: Diejenigen ernannten Mitglieder der Bezirksverwaltungsgerichte, für welche die Befähigung zu höheren Verwaltungsämtern vorgeschrieben ist, müssen vom 1. April 1877 ab auf Lebenszeit ange stellt sein. Zur Fassung gültiger Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts ist ferner die Theilnahme von wenigstens fünf auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern erforderlich.

In der Fassung der Herrenhausbeschlüsse lautet der Paragraph: Zur Fassung gültiger Beschlüsse des Oberverwaltungsgerichts ist vom 1. Januar 1877 ab die Theilnahme einer Mehrheit von Mitgliedern erforderlich, welche auf Lebenszeit ernannt sind. Die Stelle eines Mitgliedes des Oberverwaltungsgerichts darf ferner als Nebenamt nicht verliehen werden.

Minister Graf zu Culeburg weist darauf hin, daß der Inhalt dieses Abänderungsantrages ja eine wesentliche Bedeutung nicht habe und bittet deshalb dringend, die Fassung der Herrenhausbeschlüsse beizubehalten; möge doch das Haus, nur um seinen Willen durchzusehen, das Zustandekommen des Gesetzes nicht unnötig erschweren.

Abg. Richter (Hagen) erklärt, daß die gestellten Anträge das Minimum dessen enthalten, was gefordert werden müsse, um überhaupt den Zweck der Verwaltungsgerichte zur Wahrheit zu machen. Seine Partei habe bereits bei den früheren Beratungen ausgesprochen, ein wie hohes Gewicht sie auf die heute beantragte und damals vom Hause angenommene Fassung dieses Paragraphen lege und sie werde in diesem Punkte unter keinen Umständen nachgeben.

Abg. v. Heeremann kann sich dieser Ausführung nur anschließen. So gern er sonst geneigt wäre, um das Gesetz zu Stande zu bringen, dem Herrenhause nachzugeben, sei ihm dies gerade bei diesem Paragraphen ganz unmöglich. Derselbe sei für ihn von durchschlagender principeller Bedeutung; denn die unabhängige Stellung der Personen des Oberverwaltungsgerichts, welche der § 173 in der beantragten Fassung wahren wolle, sei noch notwendiger als die der Mitglieder des Obergerichtsbereichs; denn bei dem letzteren handle es sich wesentlich nur um die Feststellung von Privat- und fiskalischen Rechten, beim Oberverwaltungsgericht dagegen um die Entscheidung in Fragen des öffentlichen Rechtes, des Rechtes der Kreise und Gemeinden gegenüber den Hoheitsrechten des Staates.

Die Abänderungsanträge werden sämmtlich vom Hause angenommen; ebenso mit großer Majorität in definitiver Schlussbestimmung das demgemäß modificirte Gesetz im Ganzen.

Schließlich wird in erster und zweiter Berathung der Gesetzesentwurf, betreffend die Errichtung von Rathskämern bei dem Oberverwaltungsgericht mit einigen unwesentlichen Abänderungen vom Hause genehmigt.

Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (3. Berathung des letztgenannten Gesetzes, Gesetz wegen Austritt aus den Synagogengemeinden, Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst und Umzugskosten der Staatsbeamten.)

### 25. Sitzung des Herrenhauses (vom 27. Juni).

12 1/2 Uhr. Am Ministertische Finanzminister Camphausen und Justizminister Dr. Leonhardt, sowie die Regierungs-Commissare Geh. Rath Mling und Regierungsrath Jansenau.

Landrath Winterfeldt berichtet über eine Petition des Vorstandes des Vereins zur Fürsorge für aus Strafanstalten Entlassene zu Grlitz.

Die Petition geht dahin, alles Nöthige veranlassen zu wollen, daß von Staats wegen möglichst Erziehungsanstalten gegründet werden, in die mit oder ohne Zustimmung der Eltern Kinder unter 14 Jahren aufgenommen werden können. Diese Petition bereits in einer Vereinsversammlung vom April 1875 beschlossen, ist gegenwärtig durch die Nobelle zum Strafgesetzbuche in eine wesentlich andere Lage gekommen. Im § 55 des Gesetzbuchs ist jetzt die gesetzliche Vorschrift gegeben, auf Grund deren die königliche Staatsregierung in der Lage sein würde, der Petition Folge zu geben. Die bestehende Verwiderung der Jugend ist eine erschreckliche, zumal in den Städten die Kinder unter zwölf Jahren, durch das Gesetz für strafflos erklärt, werden von verbrecherischen Eltern zur Ausübung der Verbrechen gemißbraucht. Sie müssen notwendig solchen Eltern entzogen werden. Materiell also ist die Frage eine sehr brennende. Es geht gegenwärtig, außer am Rhein, keine öffentliche Strafanstalten in hinreichender Zahl, um dem Wunsche der Petenten gerecht zu werden. Nur durch Privatthätigkeit sind einzelne solcher Anstalten entstanden. Es liegt also alle Veranlassung vor, daß die Regierung diese Frage ernstlich in das Auge fasse. Die Commission beantragt deshalb, die Petition der königlichen Staatsregierung zur Verächtlichung zu überweisen.

v. Knebel-Döberitz: Ich möchte mich den Worten des Vordredners anschließen. Es handelt sich bei den hier in Betracht kommenden Rechtsfällen zum größten Theil um eine unerträgliche Schuld der Eltern. Die Straflosigkeit der Kinder ist in eine Straflosigkeit der Eltern ausgeartet und ich fürchte, wir werden, wollen wir wirkliche Beseitigung dieses Nothstandes, erreichen, andere Wege finden müssen, als die bisherige Gesetzgebung gewährt; es wird Nichts übrig bleiben, als entweder solche Anstalten zu errichten, wie die Petition sie wünscht, die Straflosigkeit der Kinder unter 12 Jahren wieder aufzuheben, wobei dann freilich dem Richter überlassen bleiben müßte, mildernde Umstände, oder ausnahmsweise Straflosigkeit auszusprechen. Aber das Prinzip der Straflosigkeit trägt die unberechenbarsten socialen Mißstände in seinem Schooße.

Regierungscommissar Geh. Ober-Regierungs-Rath Mling theilt dem Hause mit, daß die Regierung gegen den Antrag der Commission nicht einzuwenden habe, daß ihr der einschlagende Weg (ob mit oder ohne Hilfe der Provinzen oder Gemeinden) für den Fall, daß das Bedürfnis nach solchen Besserungsanstalten eintrete, freigelassen werde. Gegenwärtig stehe das Bedürfnis noch nicht fest.

Die Petition wird darauf der königlichen Staatsregierung zur Verächtlichung überwie sen.

Eine zweite Petition mehrerer Offizier-Veteranen aus den Kriegsjahren 1813-1815, die die Erhöhung ihrer Pensionsbezüge um 20-25 pCt. beantragen, und aus welcher der Berichterstatter Frhr. v. Mirbach insbesondere noch mittheilt, daß von den Offizieren jener Kriege gegenwärtig noch leben: 44 Generale, 20 Obersten, 50 Oberst-Lieutenants, 63 Majors, 18 Premier- und Secunde-Lieutenants und 4 Aerzte, wird auf den Antrag der Commission der königlichen Staatsregierung zur Kenntnisaahme und weiteren Prüfung überwie sen.

Eine dritte Petition des Bürgervereins zu Schneebad wird für durch das Nothstandsgesetz erledigt erachtet und über eine vierte Petition eines Reservisten zur Tagesordnung übergegangen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Schluß der Sitzung 1 Uhr 20 Min. Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. (Gesetzesentwürfe, betreffend die Auseinanderlegung mit Schwedt, Erhöhung der Invalidenpension, andere Gesetzesentwürfe, die der Präsident aus dem Abgeordnetenhause zurückverwahrt, vorbehalten.)

Berlin, 27. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Pastor Heinze zu Sonnenberg im Kreise Randow den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Superintendenten Höppler zu Stargard in Pommern und dem Amtswundarzt Weiler zu Kronhausen im Kreise Marburg, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Oberst-Lieutenant A. D. von Röder zu Potsdam, bisher Major im 1. Garde-Regiment s. F., das Kreuz der Ritter des königlichen Haus-Ordens von Goldenlöwen; dem pensionirten Fußgänger Röllcher zu Tropplowitz im Kreise Leobisch das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Restaurateur Bertram Trapmann und dem Kupferschläger August Diederhoff, Beide zu Barmen, die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Regierungs-Präsidenten Kothe zu Merseburg bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Wirklicher Geheimer Rath mit dem Prädicat „Excellenz“ verliehen; den Ober-Regierungs-Rath Schellenberg in Cassel zum Geheimen Finanz-Rath und Provinzial-Steuer-Director; den Kreisdeputirten Berndt Georg Wilhelm von Gerlach auf Mohrstedt zum Landrath des Kreises Königsberg N.-M.; sowie den Barrer Anton Christian Lange in Teltow zum Superintendenten der Diocese Cöln-Land, Regierungs-Bezirk Potsdam ernannt, und dem Stadtgerichts-Secretär Hornig in Breslau bei seiner Verlegung in den Ruhestand den Charakter als Conzei-Rath verliehen.

Se. Majestät der König hat den nachbenannten Kaiserlich russischen Offizieren und Beamten folgende Orden verliehen, und zwar: das Großkreuz des Rothen Adler-Ordens; dem General-Lieutenant und General-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers, Grafen Sumarokoff-Estlan und dem Hof-Marschall, Senator und stellvertretenden Ober-Hof-Marschall Sr. Majestät des Kaisers, v. Grote; den Rothen Adler-Orden erster Klasse; dem Hof-Meister Sr. Majestät des Kaisers, Grafen Russin-Buschin; den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit dem Stern; dem General-Major Smer-noff, Commandeur der 1. Grenadier-Artillerie-Brigade; den Rothen Adler-

Ordnung zweiter Klasse in Brillanten: dem Obersten v. Rosenfeld-Paulin im Leib-Garde-Artillerie-Regiment; den Rotten Adler-Orden zweiter Klasse: dem Obersten und Flügel-Adjutanten Sr. Majestät des Kaisers, Fürsten Westerschky und dem Obersten Bissaroff, Commandeur der 1. Batterie der 1. Garde-Artillerie-Brigade; sowie den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse: dem Stabs-Capitän v. Giesparr, Commandeur der 1. Division in der 1. Batterie der 1. Grenadier-Artillerie-Brigade und dem Capitän Rosenmeyer von der Gendarmarie.

Berlin, 27. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] haben am 24. d. M. den Prinzen Nicolaus von Nassau, den Ober-Präsidenten Freiherrn von Ende, den Grafen Schulenburg-Altenhausen, den Commandeur des 4. Magdeburgischen Infanterie-Regiments Nr. 67 Oberst von Dörschütz und den Leibarzt Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin, Geheimen Sanitäts-Rath Dr. Belten, zur Tafel gezogen.

Am 25. d. M. wurden mit einer Einladung zur Tafel beehrt der Curator der Universität Bonn, Geheimen Regierungsrath Dr. Bieseler, der Rector der genannten Universität Professor Dr. von Stünzling, der Landesgerichts-Präsident Geheimen Ober-Justiz-Rath Breunig aus Coblenz, der Vorsitzende der rheinischen Provinzial-Synode Pfarrer Dr. Nieden aus Coblenz, der Regierungs-Vize-Präsident Juncker von Ober-Conrad, der Generalleutnant v. Zglinicki, die General-Majors v. Busse und v. Gärtner und der Major v. Schappuis.

Gestern Morgen nahmen Se. Majestät die Vorträge des Geheimen Legations-Raths v. Billow und des Geheimen Cabinets-Raths v. Wisniewski entgegen und begaben sich hierauf mittelst Extrazuges um 11 Uhr nach Neuwied zu den Lauffestlichkeiten der fürstlichen Familie. In Ehrenbreitenstein bestieg Ihre Majestät die Kaiserin-Königin den Zug. Beide Kaiserliche Majestäten trafen um 12 Uhr in Neuwied ein und traten nach eingekommenem Dejeuner um 3 1/2 Uhr die Rückreise an. Auf der Rückfahrt beschäftigten Se. Majestät die Kriegsschule in Engers. Die Antunft in Ems erfolgte um 4 1/2 Uhr.

Berlin, 27. Juni. [Zur Arbeiterfrage.] Aus der Budget-Commission. — Der Minister des Innern. — Die Städteordnung.] Der Handelsminister hat dem Abgeordnetenhaus 432 Exemplare der von ihm veranlaßten Erhebungen über die Arbeiterfrage zugehen lassen und die im Hause übrigens sehr befällig ausgenommene Zustellung mit einem Schreiben, welches das Datum des 24. d. M. trägt, begleitet. — Die Hoffnung, die katholischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses dazu zu bestimmen, daß zu einer späteren Stunde des übermorgenden katholischen Festtages eine Sitzung des Abgeordnetenhauses stattfinden könnte, ist nicht in Erfüllung gegangen, man hat daher vor morgen und Freitag noch den Rest der Arbeiten zu erledigen, so daß am Freitag oder spätestens am Sonnabend die Session geschlossen werden kann. Der Beitritt des Herrenhauses zu den Abgeordnetenhausesbeschlüssen zu dem Kompetenzgesetz ist als zweifellos anzusehen. — In der Budget-Commission wird man sich mit dem Rest der Arbeiten nicht aufhalten. Die Mitglieder sind entschlossen, in eine materielle Berathung der Vorlage über die Bahn Berlin-Dresden nicht einzutreten, sondern dieselbe zu verlagern. Bezüglich des Entwurfes über die Umwandlung des Zeughauses in eine Ruhmeshalle wird der Vorsitzende der Commission, Abg. von Benda, lediglich den Bescheid der Reichsregierung mittheilen und damit die Arbeiten auch nach dieser Richtung für die gegenwärtige Session abschließen. — Der Entwurf der Städte-Ordnung wird in umgearbeiteter Fassung im nächsten Jahre wieder vorgelegt. Inzwischen war der Minister des Innern durch die auf das Gesetz bez. Arbeiten wieder Häuser so in Anspruch genommen, daß in seine Ministerium seit etwa 14 Tagen keine Sitzungen stattfanden. — Bezüglich des Entwurfes über die Provinz Berlin verlautet, daß auch dessen Wiedervorlegung beschlossene Sache sei, daß indessen verschiedene durch den Entwurf projectirte Maßnahmen, so die Umwandlung einer Anzahl Gutsbesitze in Gemeinden, die Heranziehung eines Bezirks von Charlottenburg zu Berlin u. dergl. m. schon bis zur nächsten Session an der Hand der jetzigen Gesetzgebung verwirklicht sein sollen.

[Das deutsche Panzergeschwader.] Gegenüber den Mittheilungen der „Times“ über eine Gefahr, welche das deutsche Panzergeschwader gelautet haben soll, beim Galloper zu stranden, ist der „Staats-Anz.“ im Stande, den officiellen Bericht des Geschwader-Chefs d. d. Plymouth, den 27. Mai cr., über diese Fahrt mitzutheilen. Er lautet, wie folgt: Gegen Abend wurde die Lust so unstill, daß ich den Befehl gab, um 6 Uhr in der Nähe des Galloper auf 21 Meter Wasser zu ankern und Feuer anzubauen. „Pommerania“ verblieb unter Dampf in der Nähe des Geschwaders. Am Morgen des 25. um 6 Uhr wurde, da der Horizont noch immer sehr unklar war, der „Pommerania“ der Befehl ertheilt, zur Westküste des Besticks die Richtung auf Galloper einzuschlagen und nach verrichteter Aufgabe bei gutem Wetter zurückzulehren, andernfalls aber nach Dover voranzuzulaufen. Um 10 Uhr, bei auflarendem Wetter, ließ ich die Feuer vorgehen und Anker lichten; während dessen lehrte „Pommerania“ mit der Westküste des Besticks zurück. Um Mittag setzte sich das Geschwader, in Doppelreihelinie formirt, in Bewegung und steuerte Anfangs mit halber Fahrt, dann mit ganzer Fahrt und allen Regeln durch die Engen. Um 10 Uhr Abends wurde die Linie Dover-Calais passirt. Danach ist weder von einer Gefahr die Rede, noch ist ein Signal Seitens des Geschwaders gesehen, vielmehr hat der Geschwader-Chef seine Position genau gekannt und ist mit großer Vorsicht verfahren.

Posen, 26. Juni. [Vor dem Criminalsenate des hiesigen Appellationsgerichts] wurde gegen den Probst Michael Tronkowski in Dberyst bei Kosten, 75 Jahre alt, wegen Unterschlagung in 6 Fällen verhandelt. Derselbe war angeklagt, in den Jahren 1874 und 75 durch verschiedene selbstständige Handlungen Posener Rentenbriefe und baares Geld im Gesamtbetrage von 811 Thlr. 25 Sgr. 7 Pf., Eigenthum der katholischen Pfarrgemeinde in Dberyst, welche er, als ihm anvertraut, in Gewahrsam hatte, sich rechtswidrig angeeignet zu haben. Der Angeklagte war gekündigt, das Geld bei sich behalten, in die Bücher nicht eingetragen, 810 Sgr. Rentenbriefe an verschiedene Gläubiger versetzt und 1 Thlr. 25 Sgr. 7 Pf. baar Geld für sich verbraucht zu haben; er entschuldigte diese Unterschlagung damit, daß er sich in äußerster Geldnoth befunden habe und lange Zeit schwer krank gewesen sei. In erster Instanz durch das Kreis-Gericht zu Kosten am 4. April d. J. wegen Unterschlagung in sechs verschiedenen Fällen zu 13 Monaten Gefängnis und 1 Jahr Exerzitionsverlust verurtheilt, hatte Probst Tronkowski appellirt. Das Erkenntnis wurde vom Criminal-Senate des hiesigen Appellationsgerichts dahin abgeändert, daß die Gefängnisstrafe auf 9 Monate herabgesetzt, dagegen gleichfalls auf 1 Jahr Exerzitionsverlust erkannt wurde.

Frankfurt a. M., 26. Juni. [Preß-Prozess.] Wir haben schon gemeldet, daß die gegen Herrn Otto Hirth, Redacteur der „Frankf. Ztg.“ wegen des „Reptilienfonds“-Artikels erkannte Strafe von einem Monat in zweiter Instanz bestätigt ist. Der Staatsanwalt Kunig hatte eine Erhöhung der Strafe auf fünf Monate beantragt. Der Verteidiger Dr. Esner bemerkte nur Folgendes: Um die dem Gerichte schuldige Achtung zu wahren, beauftragte mich mein Client, ich solle mich auf die ausdrückliche Erklärung beschränken: Das Staatsministerium habe Anklage erhoben wegen des Vorwurfs, es gebrauche die Fonds aus dem confiscirten Vermögen der Depositionen zu ungeheuerlichen Zwecken, er habe sich zu dem Beweise der Wahrheit erboten und nicht Leute in den Tag hinein ausfragen wollen, sondern solche, die etwas wissen könnten und wissen müßten; in Folge eines Hinweises des Anklägers sei das Zeugniß verweigert worden.

Unter diesen Umständen sei der Beweis der Wahrheit ihm vollständig abgeschnitten.

München, 26. Juni. [Ueber die Verhandlungen von Clericalen und Social-Demokraten] wegen einer Coalition bei der kürzlich vollzogenen Münchener Neuwahl giebt jetzt in Folge der von dem Social-Demokraten-Führer Proßl in einer Versammlung gemachten Mittheilungen der „Volks-Zr.“ (Abgeordneter Kasing) folgende weitere Bekenntnisse zum Besten: „Die Verhandlungen wurden ohne allen Auftrag und ohne jede Rücksprache mit der Vorstandschafft der „Concordia“ (katholisches Casino) von Herrn Abgeordneten Dr. Ritter durch eine Conferenz mit einem Herrn im Expeditions-Local des „Zeitgeistes“ eingeleitet. Wir erfuhren dies ganz zufällig am Abende desselben Tages durch Herrn Dr. Ritter selbst, der uns erzählte, daß er diesem Herrn, dessen Namen er nicht kannte, ein Compromiss angetragen habe auf der Grundlage, daß den Social-Demokraten ein Abgeordneter im Falle des Sieges gewährt werden solle. Diese Rücksprache Dr. Ritters hatte eine Besprechung mit mehreren social-demokratischen Herren zur Folge, in welche einzutreten wir uns nicht weigerten, weil wir nicht bloß ihre Bedingungen kennen lernen, sondern auch uns Sigl'schen Partekreisen gegenüber nicht bloßstellen wollten, welche bei der Juli-Wahl uns den Vorwurf gemacht hatten, nicht mit den Social-Demokraten Fühlung gesucht zu haben. Die erste Bedingung der social-demokratischen Herren war die Gewährleistung eines Abgeordneten, und diese Bedingung konnte selbstverständlich eingegangen werden, umso mehr, als der Abg. Dr. von Schaup selbst bei den Ausschuss-Verhandlungen über das neue Wahlgesetz es als wünschenswerth bezeichnete, daß auch die social-demokratische Partei in der Kammer vertreten sei. Die zweite Bedingung war, daß die zu erwählenden Abgeordneten für das directe Wahlrecht einzutreten sich verpflichten müßten, und zwar für das obligatorische Wahlrecht, beginnend mit dem 21. Lebensjahre. Der zweite Theil dieser Forderung wurde von uns sofort zurückgewiesen und als unmöglich bezeichnet, worauf er fallen gelassen wurde. Die Verhandlungen scheiterten an der dritten Bedingung, den Casino-Saal für 2 bis 3 social-demokratische Partei-Versammlungen im Sommer zu überlassen, worauf wir nicht eingehen zu können erklärten.“ Daraus geht zur Genüge hervor, daß Verhandlungen, und zwar nicht bloß von Seite des Abg. Ritter, wirklich stattgefunden haben und nur an der Nichteinigung über eine untergeordnete Bedingung gescheitert sind.

### Provinzial-Beitung.

Breslau, 28. Juni. Ankommen: Grot, kaiserl. russ. Staatsrath, aus Petersburg. v. Ballusek, kaiserl. russ. General-Major, aus Odessa. (Fremdbl.)

[Revision.] Der in Habelschwerdt erscheinende „Gebirgsbote“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß am Sonntag, den 25. d. M., eine plötzliche Revision der Artillerie zu Olag stattfand. Derselbe wurde Sonnabend telegraphisch anbestellen.

s. Grünberg, 26. Juni. [Zur höheren Töchterschulfrage.] Zu den Wahlen. — Unglücksfall.] Der Magistrat hatte in Gemeinschaft mit der Schuldeputation den Beschluß gefaßt, zur Lösung der höheren Töchterschulfrage die Ligische Privatschule zu übernehmen und als städtische Schule vorläufig in derselben Form fortzuführen. Herr Pastor Altenburg, Revisor der Schule, hatte sich zur unentgeltlichen Leitung der Schule erboten und in einem Gutachten die Frage des Kostenpunktes dahin berechnet, daß bei einem dem jetzigen gleichen Besuche von ca. 120 Schülerinnen und bei einer Einnahme von ca. 2600 Thlr. die Stadt nur ca. 100 Thlr. Zuschuß zu geben hätte. Trotzdem hat die Stadtverordnetenversammlung in einer außerordentlichen Sitzung am Freitag, in geheimer Abstimmung mit 27 gegen 14 Stimmen den Antrag auf Uebernahme der Ligischen Schule abgelehnt. — Im Hinblick auf die hohen Unterhaltungskosten der Realschule (ca. 7000 Thlr.) wird vielleicht die Regierung geneigt sein, einen Zuschuß zu einer höheren Töchterschule zu gewähren. Jedenfalls aber wird unsere Stadt das Bildungsmittel einer höheren Töchterschule nicht entbehren, da mehrere Bewerbungen um die Uebernahme der Ligischen Schule erfolgt sind und diese sicherlich weiter geführt wird. — Obwohl es Betreff der nächsten Abgeordneten-Wahlen sich hier noch nicht regt, so ist doch anzunehmen, daß die bisherigen Abgeordneten Graf Schack und Reg.-Rath Haacke, beide fleißige Mitglieder der national-liberalen Partei, wiedergewählt werden. Herr Graf Schack hatte sich in seiner letzten Rede vor seinen Wählern als ein echt liberaler Mann gekennzeichnet und gehört wohl der linken Seite der National-Liberalen an. Auch Herr Reg.-Rath Haacke hat sich stets mit seinen Wählern in Verbindung gehalten und in fortlaufenden Veröffentlichungen im hiesigen Wochenblatt Bericht über die Thätigkeit des Abgeordnetenhauses gegeben. — Der bei dem in voriger Woche stattgefundenen Brande verunglückte Bergmann ist seinen schweren Verletzungen erlegen und wurde gestern unter allgemeiner Theilnahme beerdigt.

z. Neumarkt, 27. Juni. [Unicherheit der Segel.] Am Sonnabend früh 4 Uhr begab sich das Dienstmädchen J von hier auf den Weg nach Striegau. Kaum war sie bis an die sogenannten langen Brücken hinter Flämschdorf gelangt, als ein Mann aus dem nächsten Getreidefelde sprang, das Mädchen anfiel und es trotz verzweifelter Gegenwehr seiner Baarschaft beraubte. Leider ist der Verbrecher entflohen und von dem Mädchen nicht gefasst. Dasselbe hat sich kräftig genug verteidigt, indem es an dem Stroche seinen Regenschirm völlig zertrug. — Ein ähnlicher Anfall soll einem Mädchen am hellen Tage auf dem Hausdorfer Wege geworden sein.

Δ Schweidnitz, 26. Juni. [Kirchliches. — Johannisfeuer u. dgl.] In voriger Woche waren der evangelische Kirchengemeinderath und die evangelische Gemeindevertretung seit dem Anfange dieses Jahres das erste Mal zu einer gemeinsamen Berathung unter dem Vorhise des Pastor prim. Superintendenten A. D. Haacke zusammengetreten. An die Stelle des durch den Tod ausgeschiedenen Kreisgerichtsrath Scheder wurde Kreisgerichtsrath Vebau zum Mitgliede des Kirchengemeinderathes gewählt. Von dem Project der Fixirung des Einkommens der Geistlichen und der Kirchenbeamten beschloß nach dem Vorschlage der für diesen Zweck ernannten Commission die Versammlung Abstand zu nehmen, bis im Wege der Gesetzgebung das Verhältniß der Ostgemeinde regulirt sein werde. Das königliche Consistorium der Provinz Schlesien, von der Ansicht ausgehend, daß die 38 Dorfschulen, deren evangelische Bevölkerung sich bisher zur evangelischen Friedenskirche gehalten, als Ostgemeinden zu betrachten seien, hat dem ersten Paragraphen des von der hiesigen kirchlichen Gemeindevertretung vereinbarten Ortsstatuts die Genehmigung verweigert. Letztere hatte nämlich den Grundsatz geltend gemacht, daß die gedachten Dorfschulen als Reste der alten evangelischen Fürstenthums-Gemeinde, für welche vor länger als zwei Jahrhunderten die hiesige Dreifaltigkeits- oder Friedenskirche begründet worden, zu betrachten seien und dem ersten Paragraphen des Ortsstatuts die Fassung gegeben, daß die zur Friedenskirche gehörige Gemeinde die evangelische Bevölkerung der Stadt Schweidnitz sowie aller der Dorfschulen umfasse, die sich bisher zu derselben gehalten haben. — Die diesjährige Kreisynode wird den 29. d. M. in der Saalstr. der Friedenskirche abgehalten werden. — Am Vorabende des Johannisfestes brannten wieder in zahlreicher Menge die Johannisfeuer auf den benachbarten Höhen. Diese alte Sitte und Gewohnheit mag immerhin beibehalten werden; doch dürfte es an der Zeit sein, einem Unfuge ernstlich entgegen zu treten, der schon mehrfach gerügt worden, nämlich dem Abbrennen von Feuerwerkskörpern und Schießen in unmittelbarer Nähe der Stadt und an der Fahrstraße.

○ Falkenberg D.-S., 25. Juni. [Abschiedsfeier.] Die katholischen Lehrer des hiesigen Kreises versammelten sich gestern Nachmittag im Gasthause „zum weißen Schwan“ zu einem Abschiedsdiner. Es galt dem königl. Kreis-Schul-Inspector Herrn Dr. Rhode, welcher in dieser Eigenschaft am 1. Juli c. nach Ales überbeibet. Fast sämtliche Lehrer seiner Inspection waren der ergangenen Einladung gefolgt. War es ihrer aller doch Bedürfnis, dem Herrn Kreis-Schul-Inspector noch einmal ihre volle Hochachtung und Verehrung zu bezeugen: sehen sie in ihm doch einen ebenso gerechten und lebenswürdigen wie eifrigen Vorgesetzten, dessen der Interessen des Lehrers, die ja mit denen der Schule identisch sind, stets in der angemessensten Weise wahrnahm, und der wohl geeignet ist, diejenigen Elemente unter der Lehrerschaft, welche etwa noch mit zartem Sehnen und süßem Hoffen auf den „geborenen Schul-Inspector“ blicken, mit dem weltlichen Kreis-Schul-Inspector vollständig auszuwischen. Herr Lehrer Otto-Wiersch brachte den Toast

auf den Herrn Kreis-Schul-Inspector aus, worauf ein vom Herrn Lehrer Klein-Sonnenberg verfaßtes Festlied gesungen wurde, das allgemeinen Anklang fand. Herr Kreis-Schul-Inspector antwortete hierauf in längerer bewegter Rede und trank auf das Wohl der Lehrerschaft. Er betonte, daß er bei seinem Wirken von den Lehrern seiner Inspection stets auf das Bereitwilligste unterstützt worden sei, und daß er grade ihnen die Liebe zu seinem neuen Berufe verbanke, was er nie vergessen wolle. Noch manches ernste und launige Wort wurde gewechselt, mancher Punkt, der in den amtlichen Conferenzen unberührt bleibt, kam zur Förderung, auch das deutsche Lied spendete seine Genüsse, und erst in der späteren Tageszeit trennten sich die Culturlämpfer, alle befrachtet von dem Verlauf der Abschiedsfeier und mit dem zuberstehenden Wunsche, daß der Nachfolger des abberufenen Kreis-Schul-Inspectors Herrn Dr. Rhode in gleichem Sinne und mit gleichem Erfolge wirken möge.

[Notizen aus der Provinz.] \* Hirschberg. Der „Bote“ erzählt die Naturalisationsurkunde des neugewählten Pfarrers der hiesigen altkatholischen Gemeinde, Herrn Franz Klemm aus Böhmen, ist nunmehr eingetroffen, in Folge dessen Bischof Dr. Reinkens unter Einreichung dieser Urkunde und des Wahlprotokolles den Genannten als neugewählten Pfarrer der Gemeinde dem Herrn Oberpräsidenten namhaft gemacht hat. Herr Pfarrer Klemm wird demnach am Breslau aus, wobei er bis jetzt seinen Aufenthalt genommen, bereits künftigen Mittwoch hier eintreffen. Der Termin seiner Einführung soll noch festgesetzt werden.

+ Gr.-Strehlig. Der ultramontanen „Volksstimme“ wird von hier geschrieben: „Staatspfarrer Müde gedent einer gegebenen Erklärung nach, den Religionsunterricht in den zur Parochie gehörigen Schulen selbst zu erteilen. Diese Nachricht hat die hier herrschende Erregung der Gemüther auf die Spitze getrieben. Wenn Pfarrer Müde seine Absicht ausführen sollte, so stünde ich eine Katastrophe, die viele wieder unglücklich machen würde. Die Erregung ist zu groß. Gott behüte!“

+ Weichen a. d. D. Dem „N. A.“ wird von hier geschrieben: Am Sonnabend Mittags 1 Uhr erkrankte in der Oder bei Rentersdorf ein Knecht des Dominus Millau mit drei Pferden. Derselbe war in Gemeinschaft noch einiger Gespanne in die Juckerfabrik nach Rentersdorf gesandt worden. Diese Gelegenheit benutzten die Knechte, ihre Pferde zu schwemmen. Der eine derselben will ein Bravourstück ausüben und mit seinen beiden Pferden durch die Oder reiten. Er setzt sich auf, läßt sich, damit er nicht herabgeschwommen kann, unter dem Pferde die Fäße zusammenbinden, nimmt außer den seitigen noch die beiden Pferde eines anderen Knechts dazu und reitet durch die Oder nach dem jenseitigen Ufer, das er auch glücklich erreicht. Nicht genug hiermit, lehrt er um, um die gefährliche Lour zurückzumachen. Da verlassen die Kräfte das Reithier; es verknüpft mit dem Reiter und bald folgen diesem auch zwei der anderen in den Abgrund nach; nur das werthloseste reitet sich glücklich ans Ufer.

# Habelschwerdt. Der „Geb.-B.“ meldet: Der am 25. Juni, 7 Uhr Morgens, aus Breslau abgegangene Personenzug ist erst gegen 12 Uhr Mittags, fast eine Stunde später, hier eingetroffen. Ursache der Verspätung war die zwischen Münsterberg und Wartha erfolgte Entgleisung eines Waggons.

### Telegraphische Depeschen.

Berlin, 28. Juni. Der Geheimen Medicinalrath Prof. Ehrenberg ist gestorben.

Wien, 27. Juni. Die „Politische Correspondenz“ meldet aus Belgrad: Die Abreise des Fürsten Milan zur Armee ist auf den 30. d. festgesetzt. An demselben Tage wird das Kriegsmanifest erscheinen. Am 1. Juli soll für ganz Serbien der Belagerungszustand verkündet werden. — Aus Cetinje meldet dasselbe Blatt die Einberufung sämtlicher Montenegroer vom 17. bis zum 60. Lebensjahre und die bevorstehende Uebernahme der Regierung durch den Senat im Namen des Fürsten bis zum Ende des Krieges.

Bern, 27. Juni. Beide Räte nahmen den Niederlassungsvertrag mit Deutschland an.

Paris, 27. Juni, Abends. Der der heutigen Versammlung der Actionäre des Suezkanals vorgelegte Bericht Lesseps ergibt für 1875 eine Dividende von 188. Der Gesamtertrag ist 1,100,147. Der Bericht hebt hervor, daß in Folge des Anstiegs der Actien des Suezkanals durch England es nahelegend erschienen sei, auch den englischen Interressen einen Antheil an der Verwaltung zu gewähren; die bezüglichen Propositionen seien von England günstig aufgenommen worden. Hierauf wurden die bereits gemeldeten Engländer in die Verwaltung gewählt. Die übrige Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Rom, 27. Juni. Deputirtenkammer. Bei der fortgesetzten Berathung der Eisenbahnvorlage kündigte Sella an, daß er demnächst einen Antrag einbringen werde, dahin gehend, die Berathung der Vertriebsfrage aufzuschieben. Peruzzi bezeichnete als den Grund seiner Trennung von seinen früheren politischen Freunden das Project, betreffend die Uebernahme des Bahnbetriebs durch die Regierung, welches gefährlich sei und sprach sich für die Annahme der durch den Zusatzvertrag modificirten Baseler Convention aus.

Rom, 27. Juni. Die Deputirtenkammer nahm die 3 ersten Artikel der Baseler Conferenz an und lehnte mit 251 gegen 163 Stimmen das Amendement Cadolini zu 4 ab, nachdem das Ministerium dagegen gesprochen.

London, 27. Juni, Abends. Unterhaus. Northcote erklärte Dreilly gegenüber: Die Nachricht, ein britisches Schiff landete in Klec Lebensmittel, Waffen und Geld für die Türken, ist sehr unbegründet. England liefert weder direct noch indirect Waffen oder Geld für die türkischen Streitkräfte in der Herzegowina, erhalte die strengste Neutralität aufrecht u. d. erwarte ein Gleiches von den anderen Mächten.

London, 27. Juni. Die Erklärung Lord Derby's auf die gestrige Anfrage Lord de la Warr's im Oberhause lautete nach einer weiteren Meldung: In der That sei der Stand der Dinge in Serbien in dem Sinne ein kritischer, als sich umfassende militärische Vorbereitungen vollzögen, die Militz und die Reserven zu den Fahnen einberufen und alle Vorbereitungen für den sofortigen Beginn eines Feldzugs getroffen seien. Ob Serbien die Absicht habe, den Krieg wirklich zu beginnen oder nicht, könne er nicht sagen. Es sei selbstverständlich, daß es denen, die solche Kriegsvorbereitungen trafen, immer noch freistehende, zu sagen, daß ihrer Ansicht nach die unruhigen Zustände in den Nachbarländern detariere seien, daß sie die bloß zur Vertheidigung ergriffenen Maßregeln rechtfertigten. Andere Informationen als diese vermöge er nicht zu geben.

London, 28. Juni. Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Gibraltar gemeldet wird, hat die englische Regierung weitere Anordnungen zur Vervollständigung der Ausrüstung der Festsung getroffen.

Berlin, 27. Juni. Die Prämienerklärung war auf das heutige Geschäft infolgedessen von Einfluß, als man sich von gewisser Seite bemühte, die Course der Hauptspeculationspapiere in die Höhe zu treiben. Da in diesen Effecten starke Verkäufe auf Kapprämie abgeschlossen waren, so hatte man anderseits ein Interesse daran, die Stücke nicht zur Lieferung gelangen zu lassen. In diesem Falle hätte das reichlich an den Markt kommende Material eine stärkere Coursebewegung herbeizuführen müssen. Den Hauptbestrebungen kamen auch die etwas besseren Nachrichten über die serbisch-türkische Frage zu statuten. Desterreichische Creditactien waren recht lebhaft und zogen nicht ganz unbedeutend im Course an. Wenn sich auch in der letzten Hälfte der zweiten Börsensunde die Tendenz wieder etwas abschwächte, so schloßen die internationalen Speculationswerthe doch mit einer Abvance von 2 bis 4 Markt. Die Ermattung gegen Schluß der Börse war hauptsächlich die Folge der später eingetroffenen Wiener Cours-Depeschen. Desterreichische Nebenbahnen waren matt, besonders Raibach-Dorberger, Radolfsbahn und Eibenthalbahn. Nur Galizier behaupteten ziemlich festigkeit. Die localen Speculations-effecten blieben sehr still. Disconto-Commanbit 108,30, ultimo 108 1/2. Die fremdländischen Staatsanleihen trugen im Allgemeinen eine festere Physiognomie, konnten jedoch nicht ungezwungen bis zum Schluß

Berliner Börse vom 27. Juni 1876.

der Börse behauptet. Oesterreichische Renten notiren etwas höher, ebenso erhoben sich auch 1860er Loose über ihre gestrige Notiz, Italiener und Türken blieben vernachlässigt, Russische Werthe verhielten sich sehr ruhig und haben nur wenig Coursveränderungen aufzuweisen, Preussische und andere deutsche Staatspapiere blieben fast ganz geschäftslos und unverändert. In Eisenbahnprioritäten war der Verkehr sehr geringfügig; eine Ausnahme machte jedoch Köln-Mind. 4 1/2 pCt. III. Em., die lebhaft umgingen; nur einige öfter. Devisen zogen die Aufmerksamkeit etwas mehr an. Ungarische Diben II. und Lombardische fest und einigermaßen reger, Oesterreichische Staatsbahn ebenfalls beliebt, Russische Prioritäten gedrückt. Auf dem Eisenbahnenmarkt machte sich ein Einfluss der Prämienklärung bemerkbar; die anfänglich feste Haltung schwächte sich gegen den Schluss bedeutend und vermehrte Angebot ab. Böhmischer, Stettiner und Anhalter zogen um eine Kleinigkeit an. Leichte Aktien unbeliebt. Factoren sehr ruhig. Deutsche Bank anziehend, Geraer Bank und Geraer Credit besser, Producten- und Handelsbank beliebt, Braunschweiger Bank höher, Nitterstiftische Privatbank und Börsen-Handelsverein nicht unbeliebt und steigend, Gothaer Grundcredit (alte) matt und gedrückt, Centralb. für Industrie schwach, auch Preuss. Bodencredit niedriger. Industriepapiere ohne regen Verkehr, Landré Brauerei matter, Centralstraße gesucht, Danneberg Cattunfabrik begehrt, Nordd. Eiswerke offerirt, Flora angeboten, Deutsche Spiegelglas erhohte wiederum den Cours, Oberdies. Eisenbahnbedarf spiegel, Gölzig Eisenbahnbed. beliebt, Braunsch. Rollenwerke anziehend, Victoriaapfite fest und lebhaft, Gelsenkirchen matter. Heutige Depotsätze: Credit 2,25-2,50-2,20 M., Lombard. 1,10-1,30 M., Franz. 1,25-1,50 M., Reichsbank 1/4 pCt., Disc.-Comm. 1/2-1/4 pCt., Laurahütte 1/2-1/4 pCt., Köln-Mindener 1/2 pCt. Vergleiche gingen glatt auf, Rheinische bedangen 1/2 pCt. Report. — Um 2 1/2 Uhr: Schwächer. Credit 2,34 1/2, Lombarden 1,47, Franzosen 4,48, Reichsbank 1,54 1/2, Disconto-Commanit 1,08 1/2, Dortmund Union 3,10, Laurahütte 56 1/2, Köln-Mindener 101, Rheinische 116, Bergische 82 1/2, Rannaden 17, Türken 9 1/2.

Wien, 27. Juni. [Die Einnahmen der Elisabeth-Westbahn betragen in der Woche vom 15. bis zum 23. Juni 253,837 fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mehrerinnahme von 32,838 fl.]

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

Frankfurt a. M., 27. Juni, Nachm. 2 Uhr. 30 Min. [Schlusscourse.] Londoner Wechsel 204, 90, Pariser Wechsel 81, —, Wiener Wechsel 166, 60, Böhmische Westbahn 148 1/2, Elisabeth-Bahn 124 1/2, Galizier 167 1/2, Franzosen\* 222 1/2, Lombarden\* 74 1/2, Nordwestbahn —, Silberrente 56 1/2, Papierrente 54 1/2, Russ. Bodencredit 85 1/2, Russen 1872 91, Russ. Anleihe —, Amerikaner de 1885 102 1/2, 1860er Loose 99 1/2, 1864er Loose 259, 80, Creditact.\* 116 1/2, Dst. Nationalb. 696, 00, Darmst. Bank 105, Brüsseler Bank —, Berliner Bankverein 85, Frankfurter Wechselbank 78 1/2, Deutschösterreichische Bank 91 1/2, Meiningener Bank 77 1/2, Hahn'sche Effectenbank —, Reichsbank 154, Continental —, Hess. Ludwigsbahn 99 1/2, Oberpfälzer 72 1/2, Ungarische Staatsloose 142, 00, do. Schw. alte 83 1/2, do. neue 80 1/2, Central-Pacific 93 1/2, Türken —, Ung. Oth.-Obl. II. 58 1/2, Deutsche Vereinsbank —, Harburger Actien —, Internationale Speculationswerte auf Deckungsläufe höher, Bahnen und Banken wenig verändert, ausländische Fonds matter.

Nach Schluss der Börse: Credit-Actien 117 1/2, Franzosen 223 1/2, Lombarden 74, 1860er Loose —, Elisabethbahn —, Franz-Josefsbahn —, Galizier —, Silberrente 57 1/2.

Hamburg, 26. Juni, Nachmittags. [Schlusscourse.] Hamburger St.-B. 114 1/2, Silberrente 57, Creditactien 115 1/2, Nordwestbahn —, 1860er Loose 98 1/2, Franzosen 555, Lombarden 178, Italien. Rente 71 1/2, Vereinsbank 117, Laurahütte 54 1/2, Commerzbank 88, do. II. Emittion —, —, Provincial-Disconto —, Norddeutsche 125 1/2, Anglo-deutsche 53 1/2, Internationale Bank 83 1/2, Amerikaner de 1885 96 1/2, Köln-Mindener St.-B. 100 1/2, Rheinische Eisenbahn do. 116 1/2, Bergische-Märkische do. 82 1/2, Disconto 3 1/2 pCt. — Rubig.

Wechselnotierungen: London lang 20, 40 Br., 20, 34 Gld., London kurz 20, 51-Br., 20, 43 Gld., Amsterdam 167, 90 Br., 167, 10 Gld., Wien 165, 00 Br., 163, 00 Gld., Paris 80, 80 Br., 80, 20 Gld., Petersburger Wechsel 262, 25 Br., 260, 25 Gld.

Speculationspapiere Julicourse. Hamburg, 27. Juni, Nachm. [Getreidemarkt.] Weizen loco flau, auf Termine fest. Roggen loco flau, auf Termine fest. Weizen pr. Juni 204 Br., 203 Gd., pr. September-October pr. 1000 Rilo 208 Br., 207 Gd. Roggen pr. Juni 162 Br., 160 Gd., pr. September-October pr. 1000 Rilo 160 Br., 159 Gd. Hafer still, Gerste still. Rüböl fester, loco 66, pr. Oct. pr. 200 Pfd. 64. Spiritus ruhig, pr. Juni 36 1/2, per Juli-August 37, per August-Sept. 37 1/2, pr. September-October per 100 Liter 100 3/8 3/8. Kaffee sehr fest, Umsatz 3000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 12, 50 Br., 12, 40 Gd., per Juni 12, 40 Gd., per August-December 13, 10 Gd. — Wetter: Schön.

Hesperpool, 27. Juni, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Aufnahmlicher Umsatz 5000 Ballen. Rubig. Tagesimport 2000 Ballen amerikanische.

Hesperpool, 27. Juni, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlussbericht.) Umsatz 5000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Matt. Amerikaner nahe Anfanke 1/2-1/2 D. billiger, Surats unfindig. Middl. Orleans 6 1/2, middl. amerikanische 6 1/2, fair Dhollerah 4 1/2, middl. fair Dhollerah 4 1/2, good middl. Dhollerah 4, middl. Dhollerah 3 1/2, fair Bengal 3 1/2, good fair Broach —, new fair Domra 4 1/2, good fair Domra 4 1/2, fair Madras 4, fair Bernam 6 1/2, fair Smyrna 5 1/2, fair Egyptian 6.

Manchester, 27. Juni, Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/2, 12r Water Taylor 7 1/2, 30r Water Midholls 9, 30r Water Sidlow 10, 30r Water Clayton 10 1/2, 40r Mule Wapoll 9 1/2, 40r Water Wilkinson 11 1/2, 36r Warpops Qualität Rowland 10 1/2, 40r Double Weston 11 1/2, 60r Double Weston 14 1/2, Printers 10 1/2, 8 1/2, 10 1/2. — Markt ruhig.

Petersburg, 27. Juni, Nachm. 5 Uhr. [Schlusscourse.] Wechsel auf London 3 Monat 31 1/2, do. Hamburg 3 Monat 268 1/2, do. Amsterdam 3 Mt. 159, —, do. Paris 3 Mt. 329 1/2, 1864er Präm.-Anl. (gestift.) 201, 1866er Präm.-Anleihe (gestift.) 200 1/2, 1/2 = Imperials 6, 24, Große Russ. Eisenbahn 165 1/2, Russische Bodencredit-Bandbriefe 104, Privatdiscont 7 1/2 pCt.

Petersburg, 27. Juni, Nachmittags 5 Uhr. [Productenmarkt.] Zalg loco 54, 00, Weizen loco 10, 75, Roggen loco 6, 75, Hafer loco 5, 00, Hanf loco 39, 50, Leinsaat (9 Pud) loco 12, 00, Wetter: Schön.

Newyork, 27. Juni, Abends 6 Uhr. [Schlusscourse.] Wechsel auf London in Gold 4, 87 1/2, Goldagio 11 1/2, 1/2 Bonds de 1885 115 1/2, do. 5% fundirt Anleihe 117, 1/2, 1/2 Bonds de 1887 122 1/2, Rie-Bahn 13 1/2, Baumwoll in New-York 12, do. in New-Orleans 11 1/2, Caff. Petroleum in New-York 15 1/2, Raff. Petroleum in Philadelphia 15, Mehl 5, 10, Mais (oldmixed) 60, Rother-Frühhjahrweizen 1, 31, Kaffee Rio 17 1/2, Sabana-Buder 7 1/2, Getreidefracht 6 1/2, Schmalz (Marke Wilcox) 11 1/2, Speck (short clear) 11.

Königsberg, 27. Juni, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen flau, Roggen still, loco 121/122 pfd. 2000 Pfd. Zolgewicht 157, 50, pr. Frühjahr —, pr. Juni 150, 00, pr. September-October 153, 00, Gerste flau, Hafer loco gesucht, inländischer loco per 2000 Pfd. Zolgewicht 184, 00, per Frühjahr —, pr. Septbr.-Octbr. 144, 00, — Weiße Erbsen per 2000 Pfd. Zolgewicht 170, 00, — Spiritus pr. 100 Liter loco 100 3/8 3/8, pr. Juni-Juli 52, 75, pr. August-September 53, 00, Wetter: Schön.

Danzig, 27. Juni, Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen flau, Umsatz 140 Tonnen, bunter pr. 2000 Pfd. Zolgew. 200, 00, hellbunter 210, 00 bis 211, 00, hochbunter und gläser 210, 00 bis 218, 00, per Juni-Juli 203, 00, pr. Sept.-Oct. 205, 00 bis 206, 00, — Roggen billiger, 120 pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zolgew. inländ. 160, 00 bis 163, 00, per Juni-Juli 157, 00, pr. Septbr.-Octbr. 160, 00, — Kleine Gerste per 2000 Pfd. Zolgew. 146, 00, große Gerste per 2000 Pfd. Zolgewicht 175, 00, — Weiße Roggerbsen per 2000 Pfd. Zolgewicht loco 170, 00 bis 171, 00, — Hafer per 2000 Pfd. Zolgewicht loco 180, 00.

Antwerpen, 27. Juni, Nachmitt. 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen matt. — Roggen ruhig. — Hafer stetig. — Gerste unverändert.

Antwerpen, 27. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleummarkt.] (Schlussbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 31 bez. u. Br., pr. Juni 30 1/2 bez., 31 Br., pr. Juli 31 bez. u. Br., pr. September 32 1/2 bez. und Br., pr. Septbr.-December 32 1/2 bez., 32 1/2 Br. Steigend.

Bremen, 27. Juni, Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlussbericht.) Standard white loco 12, 75, pr. Juni 12, 75, pr. Juli 12, 75, pr. August-December 13, 30, Höher.

Breslau, 28. Juni. [Wasserstand.] D.-B. 4 M., 90 Cm. u.-B. — M. 28 Cm. Heber den Eisenmarkt läßt sich nichts Neues berichten. In Belgien belegt

Table with multiple columns: Wechsel-Course, Eisenbahn-Stamm-Aktion, Fonds- und Geld-Course, Hypothek-Certifikate, Ausländische Fonds, Eisenbahn-Prioritäts-Actien. Includes various financial data points and stock prices.

Table titled 'Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien' listing various railway companies and their stock prices.

Table titled 'Bank-Papiere' listing various banks and their paper prices.

Table titled 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien' (continued) listing railway companies and their stock prices.

Table titled 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien' (continued) listing railway companies and their stock prices.

Table titled 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien' (continued) listing railway companies and their stock prices.

Table titled 'Industrie-Papiere' listing various industrial companies and their stock prices.

Breslau, 27. Juni. [Eisenbericht von Stenkel und Neß.] Heber den Eisenmarkt läßt sich nichts Neues berichten. In Belgien belegt

man legt auch eine Strecke von 50 Kilometer mit eisernen Eisenbahnschwellen zur Probe. Die Preise sind überall ungefähr dieselben geblieben, denn es fehlt eine Veranlassung zur hausse, und ein weiteres Sinken ist andererseits kaum möglich.

Oberpfälzerische Weisen 13 bis 14 M., Sturbleche 29 bis 30 M., Coatsbleche 20 bis 22 M., Schmiedeeisen 25 bis 28 M., Grundpreis per 100 Klg. ab Wert je nach Qualität. Buddelroheisen 2,70 bis 2,90 M., Gießeroheisen 3 bis 3,60 M., Gölzlohlenroheisen weiß 2,90 bis 3,80 M., grau 4 bis 5,60 M. per 50 Klg. ab Wert je nach Qualität. Glasgaw. Schottisches Roheisen ist circa 6 D. per Ton für einzelne vor Speculanten gehaltene Brände höher und notiren diese 65 Sh. bis 69 Sh. 6 D., geringere Brände 59 bis 64 Sh. per Ton borbfrei Glasgaw per netto Rasse. Middlebrook. Englisches Roheisen ist unverändert. Gießeroheisen Nr. III findet schlanken Absatz, ist zuweilen sogar knapp, während Buddelroheisen vernachlässigt bleibt. Für Herbizlieferung werden in der Erwartung eines regeren Geschäfts und Angebots theurer Frachten etwas höhere Preise gefaßt.

Berlin, 27. Juni. [Productenbericht.] Bei sehr beschränktem Geschäft haben sich die Preise für Roggen heute ziemlich gut behauptet. Die Ründigungen werden ziemlich gut ausgenommen, entfernter Sichten sind spärlich angeboten. Waare geniest wenig Beachtung. — Roggenmehl fest. — Weizen still und ohne weitestliche Verringerung in der Höhe. — Hafer loco flau; die Auerbietungen sind reichlicher. Herbst etwas besser bezahlt, nahe Sichten still. — Rüböl höher. Verkäufer machten sich knapp. — Spiritus fest, aber fortwährend ganz unbeliebt. Weizen loco 200-243 M. pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, gelber — ab Bahn bez., pr. Juni 206 M. bez., pr. Juni-Juli 205 1/2 bis 204 1/2 M. bez., pr. Juli-August 205 1/2-204 1/2 M. bez., pr. August-September — M. bez., pr. September-October 210-209 1/2-210 M. bez., pr. October-November 211 M. bez., Gefändigt — Centner. Ründigungspreis — M. — Roggen loco 154-186 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 156-158 1/2 M. ab Bahn bez., inländ. — Markt lez., schwedischer — M., defect russ. 154-159 1/2 M. ab Bahn bez., pr. Frühjahr — M. bez., pr. Juni 159-158-159 M. bez., pr. Juni-Juli 156 1/2 bis 157 1/2 M. bez., pr. Juli-August 156 1/2-157-156 1/2 M. bez., pr. August-September — Markt bez., pr. September-October 160 bis 161-160 1/2 M. bez., pr. October-November — Markt ab Bahn bez. Gefändigt 17000 Ctr. Ründigungspreis 158 1/2 M. — Gerste loco 156 bis 189 M. nach Qualität gefordert, ost- und westpreussischer 180-184 M. bez., russischer 165-182 M. bez., pommerischer und medlenburgerischer 180 bis 192 M. bez., schwedischer 183-192 M. ab Bahn bez., pr. Juni — Markt bez., Juni-Juli 171 M. bez., pr. Juli-August 163 1/2 M. bez., pr. September-October 156 M. bez., Gefändigt 1000 Ctr. Ründigungspreis 170 1/2 M. Erbsen: Hochwaare 193-225 M. Futtermware 180 bis 192 M. Weizenmehl pr. 100 Kilo Br. unterheuert incl. Sad Nr. 0: 30,00 bis 29,00 M. Nr. 0 und 1: 27,50-26,50 M. bez. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. unterheuert incl. Sad: Nr. 0: 26,00 bis 24,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 24,25 bis 22,25 M. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. incl. Sad Nr. 0 und 1: pr. Juni 24,30 M. bez., pr. Juni-Juli 23,45-55 M. bez., pr. Juli-August 23,10-15 M. bez., pr. August-September — Markt bez., pr. September-October 22,90 M. bez., Gefändigt 1000 Ctr. Ründigungspreis 24 M. — Rüböl pr. 100 Kilo loco ohne Fah 64,5 M. bez., pr. Juni 64,5 M. bez., pr. Juni-Juli 63,7 M. bez., pr. Juli-August — M. bez., pr. September-October 63,4-64 M. bez., pr. October-November 64 M. bez., per November-December — Markt bez., Gefändigt — Ctr. Ründigungspreis — M. — Leinöl loco — Markt. — Petroleum loco 29,5 M. ab Bahn bez., pr. September-October 27,3 M. bez., pr. April — Markt bez., Gefändigt — Ctr. Ründigungspreis — M. Spiritus loco „ohne Fah“ 52,3 M. bez., mit leichten Gebinden — M. bez., ab Speicher — M. bez., „mit Fah“ — Markt bez., pr. Juni 51,9 bis 52,1 M. bez., pr. Juni-Juli 51,9-52,1 M. bez., pr. Juli-August 51,9 bis 52,1 M. bez., pr. August-September 52,4-6 M. bez., pr. September-October 51,8 bis 52 M. bez., pr. October-November 50,8-9 M. bez., Gefändigt 20,000 Liter. Ründigungspreis 52 M.

# Breslau, 28. Juni, 9 1/2 Uhr Vorm. Der Geschäftsbetrieb am heutigen Markte war im Allgemeinen von keiner Bedeutung, bei etwas schwächeren Zufuhren und unveränderten Preisen. Weizen zu billigeren Preisen mehr Kaufkraft, per 100 Kilogr. schleischer meißer 17,00 bis 18,90-21,30 M. bez., gelber 16,90-18,00-19,80 M. bez., feinste Sorte aber Notiz bezahlte. Roggen, feine und trodene Qualitäten mehr beachtet, pr. 100 Kilogr. 15,30 bis 16,70-17,00 M. bez., feinste Sorte aber Notiz bezahlte. Gerste schwache Kaufkraft, per 100 Kilogr. 14,00-15,00-16,00 M. bez., weiße 16,20-17,00 M. bez. Hafer in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 18,00-19,20-20,20 M. bez., feinstes aber Notiz. Mais ohne Verringerung, per 100 Kilogr. 11,50 bis 12-13 M. bez. Erbsen ohne Angebot, per 100 Kilogr. 17-18-20,50 M. bez. Bohnen ohne Frage, per 100 Kilogr. 14,80-15,80-16,50 M. bez. Lupinen unverändert, per 100 Kilogr. gelbe 10,00 bis 11,50 M. bez., blaue 10,00-11,50 M. bez. Wicken mehr beachtet, per 100 Kilogr. 16,80-17,80-18,80 M. bez. Deljaaten nominell. Schlagslein mehr beachtet.

Bro 100 Kilogramm netto in Markt und Pfd. Schlags-Leinsaat . . . . . 27 — 25 — 22 25 Winterraps . . . . . 28 50 27 25 26 50 Winterrüben . . . . . 27 25 26 — 25 25 Sommerrüben . . . . . 28 50 27 50 26 — Leindotter . . . . . 26 — 25 — 24 —

Rapsstücken mehr offerirt, pr. 50 Kilogr. 7,60-7,80 M. bez., pr. September-October 7,60 M. bez. Leinöl unbenändert, pr. 50 Kilogr. 9,80-10 M. bez. Klebsamen nominell, rother pr. 50 Kilogr. 50-58-60-63 M. bez., weißer pr. 50 Kilogr. 58-60-62-66 M. bez., hochfeiner aber Notiz. Thymothee nominell, pr. 50 Kilogr. 36-39-42 M. bez. Mehl zu ermäßigten Preisen mehr Kaufkraft, pr. 100 Kilogr. Weizen fein alt 32,50-33,50 M. bez., neu 30,25-31,25 M. bez., Roggen fein 28,50 bis 29 M. bez., Hausbuden 27-28 M. bez., Roggen-Futtermehl 10-11 M. bez., Weizenkleie 8-9 M. bez.

Table titled 'Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.' with columns for date, time, and various weather observations.

Advertisement for 'Papp- und Holzcementdächer' (Paper and Cement Roofs) by Matthias-Park. Text describes the benefits of their roofing products and provides contact information for Carl Mannich, Bahnhofstraße Nr. 11.